1,30

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 23 18.2.1974

6 frankfurt
homburger str. 36
tel. 0611/774696

postscheckkonto
w.spruck;frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:
1 berlin
links-unten red.
tel. 8511344

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang.stud.gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol.buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABO 5,-

FRANKFURT (ID) ALS STREIKPOSTEN BEI DER POST

13.2. die aufgabe der streikposten, die seit sechs uhr an einem der beiden haupteingänge des postamtes eschenheimer landstrasse in frankfurt standen, beschränkte sich darauf, angestellte auf eine streikveranstaltung der gewerkschaft hinzuweisen und beamte zu "bitten", dienst nach vorschrift zu machen, keine streikbrecher zu sein. viele der beamten, die ja kein streikrecht haben und nicht von der arbeit abgehalten werden dürfen (jedenfalls nicht gesetzlich), zeigten hier schon ihr missbehagen, andere zogen sich allerdings auf ihren titel als beamte zurück: sie gaben gar keine stellungnahme ab, geschweige denn traten in aktion.

erst nachdem sich nach einer protestaktion die kollegen vom postscheckamt, hauptsächlich frauen, am tor versammelten, änderte sich die unbefriedigende situation: autos wurden angehalten, meistens wagen von privatfirmen, die ihre post bringen oder holen wollten. die betroffenen diskutierten, während der rückstau auf der strasse ein hupkonzert veranstaltete.

um 8.30 uhr kamen vom innern des gebäudes die ersten briefträger ("zusteller"), um ihre post zu verteilen. sie wurden aufgehalten, am anfang gegen ihren willen, dann aber bald mit ihrer zustimmung: sie sahen es als mangel an, die kollegen im streik nicht unterstützen zu können und zum schluss dann doch die erkämpfte gehaltserhöhung einzustecken. die gewerkschaft, die sich auf eine geplante aktion im fernamt beschränken wollte, unterstützte den boykott nicht. doch es gab nur kurze "private" durchsagen über ein geliehenes megaphon. trotzdem waren alle etwas verunsichert und vor allem: es war sehr kalt. einige gingen deshalb nach hause oder ins café.

inzwischen war eines klar: die zusteller waren bis elf uhr verpflichtet, ihre runde anzutreten. wurde die aktion vorher abgebrochen, dann war sie sinnlos. sie hätte dann den beamten nur geschadet, da sie die verplemperten zwei stunden unbezahlt hätten nachholen müssen. da diese inzwischen unbedingt vom dienst abgehalten werden wollten, sammelten sie geld und versorgten die "kollegen an der front" mit schnaps.

überhaupt war die stimmung gut, man war sich einig, dass die aktion berechtigt war ("ich bin seit 15 jahren im dienst, verdiene 850 mark netto und habe eine frau und zwei kinden"), bis dann um zehn uhr sich die zahl der anwesenden wesentlich verringerte. die angestellten des postscheckamtes hatten ihr streiklimit bereits um eine stunde überzogen und wagten es nicht, dem gewerkschaftlichen rückpfiff zu widersprechen. ausserdem ging das gerücht um, die zusteller sollten durch den zweiten ausgang herausgeschleust werden. deshalb musste dieses tor zusätzlich bewacht werden. zurück blieben etwa zehn leute, die sich nun noch auf zwei stellen verteilen sollten. in der zwischenzeit wurden die zusteller zu einer besprechung beordert, wo ihnen der saure vorgesetzte einbleute, es sei ihre gesetzlich festgelegte pflicht, die briefe auszuteilen, und sie sollten sich jetzt nicht länger daran hindern lassen.

es sah schlecht aus, bis man auf die idee kam, die kollegen vom fernamt, die ihre veranstaltung beendet hatten, zu agitieren. und sie liessen sich agitieren! gerade als man wieder stellung bezogen hatte, kamen die zusteller ziemlich mutlos aus der besprechung und erwarteten, niemand mehr anzutreffen. als sie die blockierten ausgänge sahen, klatschten sie spontan beifall. aus einem fenster des postgebäudes ertönten heisse rhythmen; schnaps, tee und brötchen wurden verteilt: wir hatten gewonnen. man bedankte sich bei den kolleginnen, die die aktion gerettet hatten. wir feierten, bis um elf uhr die zusteller offiziell nach hause geschickt wurden.

FRANKFURT (ID) "FÜR EINEINHALB PROZENT BRAUCHT MAN NICHT ZU STREIKEN"

14.2. wir waren am donnerstag, einen tag nach dem kompromiss im arbeitskampf des öffentlichen dienstes, in einem bauhof der stadt frankfurt. die arbeiter, mit denen wir dort sprachen, waren enttäuscht vom ergebnis und sauer auf die gewerkschaftsspitze.

"wir sind alle enttäuscht hier, und zwar schwer. die drei tage streik sind für die katz gewesen. eineinhalb prozent rauszuholen, das ist ein witz! (die arbeitgeber hatten vor streikbeginn 9,5 prozent angeboten) da braucht man nicht zu streiken, das kann man auch am grünen tisch." ein anderer arbeiter, der seit 1953 in der gewerkschaft ist und zum erstenmal gestreikt hat, drückte es so aus: "jetzt hat man's mal in der hand gehabt und hat's wieder fallenlassen."

sie fühlten sich einfach übers ohr gehauen: "es ist zuviel unter den tisch gefallen. ich weiss nicht, warum die grosse tarifkomission gleich das urlaubsgeld hat fallenlassen, ohne darüber

zu verhandeln. ich weiss es nicht!" das praktische ergebnis des kompromisses war klar: "für die kleinen ist's zu wenig, für die grossen zuviel. jetzt bekommt der, der 6.000 mark verdient, elf prozent, und ich als kleiner mann 170 mark." - "wir streiken ja praktisch für die da oben mit. im endeffekt sieht es nachher so aus mit den elf prozent, dass die oberen da, der brandt und genscher und wie sie alle heissen, profitieren. die kriegen auch die elf prozent. das macht prozentual ja viel mehr aus. wir kriegen 170 mark und die über die tausend."

auf die frage, ob die einigung für die gewerkschaft folgen haben wird, sagte der vertrauensmann: "der eine oder andere will austreten. die sind alle enttäuscht. die stimmung ist gar nicht gut." ein anderer arbeiter war konkreter: "wir wollen jetzt noch mal abwarten, bis die urabstimmung vorbei ist. da wird sich dann entscheiden, ob wir drinbleiben oder nicht. wir haben uns ausgerechnet: die 13 mark, die wir monatlich bezahlen, können wir auf's sparbuch tun; da krieg' ich noch vier prozent zinsen und kann bei einem etwaigen streik prima von leben."

doch daran, dass bei der urabstimmung die gewerkschaftliche empfehlung nicht angenommen wird, wollte keiner so recht glauben, zumal zwischen einigung und urabstimmung acht tage liegen. das ergebnis steht dann freitags fest, so dass in vielen stellen eventuelle massnahmen erst montags getroffen werden können - fast 14 tage später. "ich nehm an, dass sich die leute beruhigt haben werden, bis die abstimmung ist. das werden die oben auch angenommen haben." - "es brauchen diesmal ja nur 25 prozent dafür sein, das ist es ja - da genügen schon die vertrauensmänner!"

dazu kommt, dass die ausländischen arbeitnehmer keine abstimmungszettel und informationen in ihrer landessprache erhalten, sondern dieselben vordrucke wie ihre deutschen kollegen. so kann es passieren, dass einige eventuell gar nicht wissen, was sie da ankreuzen. "die ausländer haben bei der letzten abstimmung mit ja, das heisst für die forderungen gestimmt. nun machen die, die für die durchsetzung der forderungen sind, das kreuz wieder bei ja. doch jetzt ist's grad umgekehrt. die werden ja nicht richtig aufgeklärt und die meisten fragen nicht. es ist schwer, in der kurzen zeit die ganzen ausländischen kollegen zu unterrichten."

einig waren sich die kollegen auch darin, dass es gerechter wäre, nicht mit den prozenten so hoch zu gehen und dafür den mindestsatz zu erhöhen ("300 mark für jeden und damit fertig!") und dass sie, was die laufzeit der verträge betrifft, gegenüber den metallern im nachteil sind: "die metaller haben den einen vorteil, die haben den tarifvertrag auf sechs monate. bei uns wird da garnicht gefragt. da wird auf zwölf monate abgeschlossen, und immer am ende vom jahr, wenn die meisten arbeitslosen da sind, kündigen sie den vertrag."

den vorwurf von regierungs- und arbeitgeberseite, sie hätten den streik auf dem rücken der bürger ausgetragen, wiesen die arbeiter zurück: "der grösste teil der bevölkerung hat's verstanden. manchen hat's gestunken, wenn sie an der haltestelle standen und keine bahn kam. doch die wussten dann wahrscheinlich nicht bescheid. - wie sollen wir es auch anders machen, man muss ja die aufmerksamkeit auf sich ziehen. wir können doch nicht nur dem brandt seine villa abschirmen, dass der kein wasser, gas, strom unsoweiter kriegt. das geht ja nicht! der hockt sich ins flugzeug und fliegt woanders hin."

FRANKFURT (ID) ABTRANSPORT WEIBLICHER HÄFTLINGE IN PSYCHIATRISCHE ANSTALTEN

11.2. bei einem sturz von der vierten etage in den lichthof der frauenhaftanstalt in frankfurt-preungesheim ist eine 55jährige frau schwer verletzt worden. die frau, die erst 1978 aus der haftanstalt entlassen werden sollte, war für den nächsten tag, unmittelbar vor ihrem selbstmordversuch, zu einer "untersuchung" in der nervenklinik vorgeladen worden. die anstaltsärztin hatte schon seit einiger zeit versucht, sie in einer psychiatrischen anstalt unterzubringen, wo ihre "depressionen" behandelt werden sollten. wie marianne herzog, die in derselben anstalt inhaftiert war, berichtete, werden ständig frauen aus dieser haftanstalt in psychiatrische anstalten zur untersuchung gebracht, und viele bleiben dort. sie leben dort in geschlossenen abteilungen, denen man den zynischen namen WdU - wache der unruhigen - gegeben hat.

FRANKFURT (ID) HUNGERSTREIK IN DER UNTERSUCHUNGSANSTALT

11.2. am 18. januar dieses jahres wurde auf der station 8 der untersuchungsanstalt JVA I in frankfurt ein gefangener von einem beamten ohne ersichtlichen grund angegriffen. der beamte hatte vorher angekündigt, er werde ihn gleich zusammenschlagen. dazu holte er ihn aus dem aufenthaltsraum heraus und ging mit ihm in richtung zelle. auf dem weg versuchte er plötzlich, auf den gefangenen einzuprügeln. der prügelnde beamte hatte denselben gefangenen bereits vor einiger zeit angegriffen, ohne dass der sich gewehrt hatte. der beamte hat wohl auch diesmal damit gerechnet, dass der gefangene sich nicht wehrt.
während er auf den gefangenen einschlug, der sich zu entziehen versuchte und deshalb zurückschlug, klingelte in einer tour das telefon in der zentrale zwischen den aufenthaltsräumen. das ging einem gefangenen auf die wahrscheinlich eh schon angegriffenen nerven. seit ende letzten jahres waren die scheiben in der zentrale zu einem aufenthaltsraum hin eingeschlagen. einem gefangenen, der an gicht leidet, hatten die sanitäter medikamente verweigert. daraufhin gab es krawall auf der station und gingen die scheiben zu bruch.

jedenfalls wurde das telefon abgerissen und auf den flur geworfen. die beamten holten den vollzugsleiter auf die station. der stellvertretende stationssprecher und einige andere gefangene wollten sich beim vollzugsleiter wegen des vorgehens des beamten beschweren. der aber meinte nur: "wenn sie sich beschweren wollen, dann machen sie das schriftlich!" trotz weiteren drängens der gefangenen weigerte er sich, beschwerden entgegenzunehmen. stattdessen erklärte er: "wenn derjenige, der das telefon rausgerissen hat, nicht gemeldet wird, dann hat die ganze station ab sofort freizeitsperre."

natürlich wurde niemand gemeldet. daraufhin wurde nur ein viertel der station in die aufenthaltsräume eingelassen. sofort trat die ganze station deswegen in hungerstreik. am nächsten tag, bei einer halben stunde bewegung in den zwischendecks, hatten die gefangenen gelegenheit, miteinander zu sprechen. es wurde beschlossen, dass der hungerstreik fortgesetzt wird und niemand mehr von der freistunde einrückt.

gefordert wurde, dass der gefangene aus der beruhigungszelle herauskommt, dass die anzeige gegen ihn zurückgenommen wird, dass die aufenthaltssperre aufgehoben wird, dass die station nicht auseinandergerissen wird und dass die vorgänge unparteiisch untersucht werden. der versuch der anstaltsleitung, durch die kollektivstrafe der aufenthaltssperre einen judas zu finden, scheiterte. es hat sich niemand gemeldet.

am hungerstreik beteiligte sich bis zum sonntag, den 20. januar, die ganze station mit ausnahme von drei mann. die gefangenen protestierten mit einem sitzstreik gegen die willkür der anstaltsmachthaber und rückten erst nach drei stunden von der aufenthaltsstunde wieder ein. das ergebnis war: der gefangene wurde aus der arrestzelle entlassen, die aufenthaltssperre wurde wieder aufgehoben, und die gefangenen erhielten die zusage, dass niemand auf der station wegen des vorfalls verlegt würde.

FRANKFURT (ID) WOHNRAUMZERSTÖRUNG DURCH DIE POLIZEI UND BUBIS

14.2. vier bauarbeiter, abkommandiert von der abbruchfirma lippert, mußten die angeblich inzwischen leerstehende wohnung im 3. stock des besetzten hauses altkönigstr. 12 zerstören. die zerstörung wurde hauptsächlich durch einen kriminalkommissar jakobi eingeleitet, der schon zuvor mit dem dortigen bewohner ingo persönliche streitigkeiten ausgetragen hatte. vor einer woche war in diese wohnung zweimal eingebrochen worden, und ingo hatte die einbrüche der polizei gemeldet. diese sache bearbeitete wiedrum jakobi. er gab auch die erklärung heraus, die wohnung sei nicht mehr bewohnt. und er war auch anwesend, als die bauarbeiter am abend des 12.2. die wohnung zerstörten.

nur etwa dreißig demonstranten konnten zusammengerufen werden, um bei dieser wohnraumzerstörung öffentlichkeit herzustellen.

FRANKFURT (ID) BESCHWERDE DES HÄUSERRATS HATTE ERFOLG

15.2.74 nachdem der häuserrat anzeige wegen körperverletzung in bezug auf nächtliche aktionen der polizei vor den häusern bockenheimer/schumannstr. erstattet hatte, ließen die bullen die bewohner dieser häuser in den letzten zwei nächten in ruhe schlafen.

ID-WESTBERLIN CHILE - TEACH-IN
15. februar 1974

das komitee "solidarität mit chile" veranstaltete am 13.2. ein teach-in an der TU. anlaß hierzu bot die europareise der frau von oskar garreton, generalsekretär der MAPU, der seit 4 monaten in der kolumbianischen botschaft in santiago festsitzt und keine ausreisegenehmigung erhält. die junta wirft ihm vor, putschversuche in der marine angezettelt zu haben und hat ihn zum tode verurteilt.

beiträge behandelten den zunehmenden terror und folterungen. gleichzeitig wurde auch betont, daß die linken organisationen in chile sich reorganisiert haben und der aufbau einer antifaschistischen front auch mit teilen der bürgerlichen schichten vorangeht.

die teilnehmer des teach-ins wurden aufgefordert, resolutionen zu unterschreiben, die die bundesrepublikanischen ärzteverbände auffordert, gegen die in chile unter ärztlicher aufsicht durchgeführten vivisektionen zu protestieren und "sich um die freilassung der verhafteten chilenischen berufskollegen zu bemühen". weitere resolutionen sollen an die journalistenverbände, an die junta und an die kolumbianische regierung geschickt werden.

"die nachrichten, die in letzter zeit aus chile anch europa gelangen, berichten von einer andauernden barbarischen verfolgung durch die militär-junta gegen das chilenische volk: 30.000 tote, 1.000 standrechtliche erschießungen, 40.000 häftlinge in gefängnissen und konzentrationslagern."

im april 74 soll eine internationale konferenz in frankfurt stattfinden.

kontakt: chile-komitee, c/o ESG, 1 berlin 31, koblenzerstraße 8

ID-WESTBERLIN JUGENDZENTRUMS-VERANSTALTUNG IM DRUGSTORE
14. februar 1974

alle jugendzentren berlins haben sich mit einem kurzen bericht über ihre arbeit vorgestellt, da die eigentliche diskussion mit einem senatsbeamten nicht stattfinden konnte, weil dieser abgesagt hatte. er sollte erklären, warum die putte (jugendzentrum, siehe ID nr. 19) geschlossen werden soll, warum gelder, die fest zugesichert worden waren, nicht gegeben werden, warum der abenteuerspielplatz geschlossen werden und - das schärfste - stattdessen ein neuer, der viel mehr geld kostet, errichtet werden soll, was bereits von allen instanzen bewilligt und schon in der presse als alibi erwähnt wurde. daran ist mal wieder wunderbar klar darzustellen, daß es dem senat darum geht, situationen für kinder und erwachsene zu verhindern, in denen sie sich selbst organisieren oder beginnen können, eigene bedürfnisse zu entwickeln und zu verwirklichen.

es wurde ein film gezeigt von der putte. wie die leute eingezogen sind, welche krater sie mit zement zugeschmiert haben, wie sie gelebt haben während der renovierung, und wie sie jetzt sogar schon den schikanen der gasag (= gesellschaft, die die rechte zum verkauf von gas zu haben meint) widerstehen müssen, die auch schon versucht hat, aus verschlossener wohnung die zähler abzumontieren (auch die bewag, die für den strom zuständig scheint, hat viel ärger mit den schwarzzapfern, oder besser mit den kleinen ottos, die an den zählern immer mehr eingebaut werden).

die putte-leute haben am 8.2. eine zweite demonstration gemacht; zum glück war sie viel besser besucht als das erste mal, - zum glück sind sie auch bereit zu kämpfen.

OPLADEN (ID) AKTIONEN GEGEN SCHLIESSUNG DES JUGENDHAUSES
11.2.

am montag, 11.2.74, hat die stadt opladen das selbstverwaltete jugendhaus in opladen ohne vorherige ankündigung geschlossen und die drei fortschrittlichen sozialarbeiter mit sofortiger wirkung entlassen.

in einer spontan beschlossenen aktion forderten die ausgesperrten jugendlichen die öffentlichkeit einer für die sozialarbeiter angesetzten dienstbesprechung mit dem für das jugendhaus von der stadt betrauten ärzten, beigeordneten härchen. die jugendlichen stellten die öffentlichkeit der dienstbesprechung her und funktionierten kurz entschlossen das besprechungszimmer des beigeordneten in ein öffentliches forum um. härchen sah sich unmittelbar gezwungen, zu den forderungen der jugendlichen stellung zu nehmen. die hauptforderungen der jugendlichen lauteten :

1. sofortige öffnung des jugendhauses,
2. sofortige zurücknahme der kündigungen,
3. neueinstellungen von sozialarbeitern nur unter öffentlicher kontrolle durch die jugendlichen,
4. selbstverwaltung des jugendhauses.

um sich in üblicher weise einer öffentlichen stellungsnahme zu entziehen, versuchte er versöhnlerisch,die konfrontation mit den jugendlichen für sich zu mildern, indem er seine bereitschaft, mit den jugendlichen zu verhandeln, an die vorbedingung knüpfte, eine delegation zu bilden. den versuch, die geschlossenheit der jugendlichen zu spalten, sie in kabinettsform mit politischen unverbindlichkeiten abzuspeisen, diese branchenübliche verhandlungstechnik erfaßten die jugendlichen sofort und forderten umso energischer die stellungnahme vor allen betroffenen jugendlichen in der einmal hergestellten öffentlichkeit.

hierbei haben die jugendlichen deutlich gemacht, daß sie aus vorangegangenen fehlern gelernt haben. nach einem zweistündigen spießrutenlaufen von fragen mußte sich der stillgestandene stadtherr durch herbeigerufene polizei in zivil und uniform erst einmal wieder in seiner amtsautorität bestätigen lassen.

zu diesem zeitpunkt hielten die jugendlichen eine konfrontation mit der polizei für sinnlos. sie verließen das rathaus, um die straßenöffetnlichkeit von der uniformierten schwäche der stadtverordenetenpolitik zu informieren. durch die spontane kundgebung konnten einmal die aktuellen erfahrungen der jugendlichen sogleich an die bevölkerung übermittelt werden und zugleich der stadtöffentlichkeit durch die verschärfung des interessengegensatzes zwischen den jugendlichen und der stadt die forderungen der jugendlichen deutlicher vermittelt werden.

während die straßenkundgebung stattfand, drangen einige jugendliche in ihr haus ein, um die besetzung vorzubereiten. durch ein entferntes fenstergitter gelangten die von der kundgebung nachrückenden jugendlichen inshaus und besetzten das haus und das gelände um das haus herum. wieder rückte bullenschaft an. der einsatzleiter forderte die jugendlichen ultimativ auf, das haus binnen 15 minuten zu verlassen, ansonsten werde er es mit polizeilichen einsatzmitteln (wie hund) gewaltsam räumen lassen. ad hoc führten die jugendlichen im haus eine hausversammlung durch und beschlossen einstimmig, das haus wieder zu verlassen. dieser beschluß folgte der einsicht, daß eine besetzung des hauses ohne breitere unterstützung durch die bevölkerung, insbesondere die der umliegenden bahnarbeitersiedlungen erfolglos, weil isoliert, sein müsse. zugleich wollte man eine verhaftung einzelner im falle der polizeilichen räumung ausschließen.

demonstrativ versammelten sich die jugendlichen auf dem hausgelände und verabschiedeten eine unmittelbar nach dem verlassen des hauses verfaßte resolution, die die vorgehensweisen von stadt und polizei scharf verurteilte.

um ihre erfahrung schon am nächsten tag durch flugblätter in opladener betrieben, schulen und in der stadtöffentlichkeit verbreiten zu können, bildeten sich sofort informationsgruppen. dienstag trafen sich die jugendlichen in einer berufsschule, um die weiteren schritte auf einer vv zu diskutieren. sie bildeten aktionsgruppen, die in den folgenden drei tagen auf eine demonstration hin, die am samstag stattfinden soll, mobilisieren sollten. in den verschiedenen schulen opladens wird auf eine gemeinsam durchzuführende informationsveranstaltung, an der alle erreichten schüler teilnehmen, hin mobilisiert. eine andere aktionsgruppe informiert die bewohner der bahnarbeitersiedlungen. eine dritte aktionsgruppe führt in der stadt opladen einen informationsstand durch. eine kölner gruppe versucht, durch presse, rundfunk, fernsehen, infostand, sowie durch unterschriftensammlungen und solidaritätsresolutionen in vvs an der ph köln und der fachhochschule köln im bereich sozialarbeit und sozialpädagogik aus der provinziellen öffentlichkeit rauszukommen.

text der resolution:

wir verurteilen aufs schärfste das vorgehen von stadt und polizeigewalt gegen die jugendlichen des selbstverwalteten jugendhauses in opladen , die am montag, 11.2.74, in einer spontan eingeleiteten aktion gegenüber der stadt gegen die schließung des selbstverwalteten jugendhauses und gegen die entlassung der drei fortschrittlichen sozialarbeiter in der hergestellten öffentlichkeit protestieren. wir solidarisieren uns mit der spontanen besetzung des jugendhauses durch die jugendlichen und verurteilen die räumung durch die polizei. wir drücken unsere solidarität mit den entlassenen sozialarbeitern aus.

WINNENDEN (ID) TAUZIEHEN UM JUGENDZENTRUM

13.2.74 seit über 2 1/2 jahren bemühen sich die jugendlichen in unserer stadt um ein jugendzentrum, und noch immer existiert in winnenden (kleiner ort nahe stuttgart) kein funktionsfähiges jugendhaus. und das ist bestimmt nicht die schuld der jugendlichen, wie der folgende überblick zeigt :

ende 1971 äußerte sich das bedürfnis nach einem jugendzentrum in gründung der gruppe "treffpunkt". viele jugendliche hatten es satt, ihre freizeit in kneipen und diskotheken zu verplempem, sie verlangten nach einem haus, in dem sie ihren interessen und neigungen nachgehen konnten, um sich weiter zu bilden und auch um zwanglos mit gleichaltrigen zusammenkommen zu können. das ziel war ein für alle offenes jugendzentrum mit einem breiten freizeitangebot. dieser wunsch stieß bei stadtverwaltung und gemeinderat anfangs auf vollkommenes unverständnis. deswegen wurde im november 71 die aktion jugendzentrum (AJZ) gegründet, um die forderungen der jugend zusammenfassen und vertreten zu können. anläßlich der gemeinderatswahlen stieg das interesse am jugendzentrum und an den stimmen der jungwähler sprunghaft: alle parteien vertraten in ihren wahlprogrammen die schaffung eines jugendzentrums. obwohl die AJZ anläßlich dieser wahlen aus der bevölkerung über 5000 unterschriften für ein jugendzentrum sammelte, waren die versprechungen nach der wahl vergessen. nach vielen fruchtlosen verhandlungen ging die AJZ wieder in die öffentlichkeit : bei einer podiumsdiskussion zwischen AJZ und gemeinderäten in der stadthalle machten viele jugendliche ihrem ärger über die hinhaltepolitik der verwaltung luft, worauf der AJZ durch volksbankdirektor und stadtrat seitz ein altes häuschen in der torstraße, das der V.B gehörte, als "provisorium" vermittelt.wurde. : der ärgste unmut wurde somit besänftigt.

auf 100 qm traf sich bald die winnender jugend. in kürzester zeit wurde das haus mit großen einsatz renoviert und für den neuen zweck hergerichtet, aus eigenen mitteln und mit unterstützung durch die bevölkerung. über 10 arbeitsgruppen wurden eingerichtet, kleine veranstaltungen durchgeführt, sodaß sich oft über 200 jugendliche in dem viel zu kleinen haus drängten und es zu unhaltbaren zuständen kam. der VB gefiel ihr "experiment" nicht mehr, sie warf die AJZ hinaus und ließ das haus einreißen: die jugend stand wieder auf der straße.

dennoch nahmen wir aus der torstraße wichtige organisatorische erfahrungen mit, auch die erkenntnis, daß wir kein "provisorium" brauchten, sondern eine endgültige akzeptable lösung. wieder wurde mit der stadt verhandelt, das fabrikgebäude bürkle kam in die debatte. doch als auch dieses projekt nach langem hin-und her aufflog, wurde es uns zu bunt : im sommer 72 demonstrierten fast tausend jugendliche für ihr jugendhaus. nun ging es auf einmal : schnell wurde ein geeignetes haus gefunden, nämlich das ehemalige sozialgebäude der dachziegelwerke, und bereits im dezember wurde mit dem umbau des total abgetakelten hauses begonnen. mit großen eifer machten sich die jugendlichen an die arbeit, das haus wurde entrümpelt, mauern eingerissen, neue wände gezogen. doch die erste begeisterung fand ein jähes ende : die stadt weigerte sich, mehr als die miete und 37.000 dm für sanitäre und elektrische installationen zu bezahlen. seit über einem jahr läuft nun schon das tauziehen um die restliche finanzierung. nur tropfenweise bekamen wir kleine geldmengen, unzählig dafür die zahl der nutzlosen verhandlungen, besichtigungen und der verzögerungsversuche durch die stadtverwaltung. trotz der sich immer mehr häufenden schwierigkeiten steckten die jugendlichen nicht auf : in mehr als 3.000 arbeitsstunden, unterstützt von spenden aus der bevölkerung, gelang es, das uns mögliche zu schaffen : die wände wurden vergipst, die räume gestrichen, balken und treppengeländer angemalt, lampen aufgehängt und türen eingesetzt. auf der anderen seite nahmen bereits einige arbeitsgruppen die arbeit auf, ein selbstverständnis und ein organisationsmodell wurden erstellt, die beschäftigung von zivildienstleistenden im jugendzentrum vorbereitet. was jetzt allein noch fehlt, sind die mittel zur fertigstellung des umbaus und für die einrichtung (etwa 30.000 dm). wir haben alles getan, um die inbetriebnahme des jugendzentrums vorzubereiten. in der zwischenzeit wurde das jugendzentrum sogar als jugendbildungsstätte anerkannt, was einer bewilligung von landesmitteln gleichkommt. doch noch immer stellt sich die stadtverwaltung stur und verweigert die fehlenden gelder, allerdings mit neuen argumenten : nachdem bis vor kurzem "kein geld da war" , wird jetzt versucht, selbstverwaltung und geld gegeneinander auszuspielen. in einer langen reihe von verhandlungen mit der stadt kam nichts heraus als die erstellung von immer neuen unterlagen, voranschlägen und papieren, auch häuften sich die angriffe auf eine verwaltung des jugendzentrums durch die jugendlichen. in der zwischenzeit erkennen jedoch immer mehr eltern und jugendliche, wie dringend sie ein jugendzentrum brauchen, daß das jugendzentrum im interesse der ganzen bevölkerung liegt. denn eine sinnvolle freizeitgestaltung ohne

hasch, fusel und horrende preise liegt im interesse von allen. deswegen muß sich auch die gesamte bevölkerung für ihr jugendzentrum einsetzen, um das nutzlose tauziehen endlich zu einem erfolgreichen abschluß zu bringen. die gründung einer elterninitiative, die das jugendzentrum unterstützt und berät, war schon ein erster schritt auf diesem weg. aber das genügt immer noch nicht. die breite öffentlichkeit muß unmißverständlich ihren willen kundtun, und das jugendzetrum unterstützen, soll auf dem rathaus endlich der zehner fallen.

vom 16.2.74 an wird das jugendzentrum provisorisch geöffnet.

kontakt: wolfgang feller, adam müller, 7057 winnenden, guttenbrunnstr. 12 , tel. 07195/ 61210
oder /2421

HAMBURG (ID) JOACHIM SCHUBERT IST TOT

14.2.74 " wo die schläger im ug und die scharfschützen vom berliner tor nicht mehr ausreichen, greift hamburgs justiz zu verfeinerten tötungsmethoden!

nach hase (dem bekanntlich "der arsch zu butter" gehauen wurde), silversmith, h.g.gier, petra schelm usw. , die nach altem muster umgebracht wurden, wurde joachim schubert ein weiteres opfer der eleganteren methode.

unter fadenscheinigem vorwand wurde j. schubert in das ug gebracht. einige tage nach der inhaftierung, am 3.10.72, besaß jochen die"frechheit", einen arzt zu verlangen. der wurde ihm 5 stunden lang verweigert. auch ein polizeiarzt wurde vom richter nicht genehmigt. als jochen daraufhin anfing, putz zu machen, tauchte plötzlich der "nicht anwesende" dr. görlach auf und ordnete in zusammenarbeit mit inspektor reimers die verlegung in die glocke an. entgegen den dienstvorschriften wurde jochen nicht gefilzt. dadurch war es ihm trotz fesselung möglich, die matratze in brand zu stekken. da ein intakter feuerlöscher und die schlüssel für die fesseln fehlten, erlitt jochen schwerste verbrennungen. danach befand er sich bis zum 9.12.72 im ak st. georg. danach zurückverlegung in das zkh des ug. im febr. 73 wurde trotz unklarer beweislage gegen jochen das urteil gesprochen : 2 jahre knast. da das zkh die wunden nicht ordnungsgemäß versorgen konnte, wurde er anfang april 73 in das ak barmbek verlegt, wo er bsi november 73 verblieb. danach kam er nach fuhlsbüttel, anstalt 2. da sein gesundheitszustand weiterhin beschissen war, wurde ihm eine begnadigung zum 15.1.74 in aussicht gestellt. daraufhin kümmerten wir uns um die für seine entlassung notwendigen dinge : wohnung, ärztliche betreuung, sozialhilfe. jetzt setzte die totale willkür der hamburger justiz ein: protze (leiter der gandenstelle) erklärte plötzlich, jochen "nicht so einfach auf die menschheit loslassen zu können". daraufhin veranstaltete jochen am 7.1.74 in santa fu eine feuerlöschübung, der einige wärter und bonzen der justizbehörde zum opfer fielen. deshalb wurde jochen ins ak ochsenzoll (psychiatrie) geschafft. obwohl ein gutachten von dr. berger (sonderanstalt bergedorf) vorlag, nach dem jochen auf psychopharmaka paradox reagiert, wurde er dort mit starken psychopharmaka behandelt. ab 11.1. war jochen dannwiederin fu. da gnaden-protze ihn nun angeblich doch begnadigen wollte, setzten anwälte, ärzte und wir erneut alle hebel in bewegung. ein platz im ak heidberg war uns zum 25.1. zugesichert. am 24.1. fielen uns allen gnaden-protze und anstaltsleitung in den rücken: entgegen aller zusicherungen erhielt jochen nur haftunterbrechung und wurde ins marienkrankenhaus, das keine hautklinik hat, geschafft. um 20.30 uhr rief uns jochen an und erklärte uns, er hielte es in dem neuen knast nicht aus. seine beschissene psychische verfassung und die noch immer nicht erfolgte begnadigung ließen ihmdas marienkrankenhaus als knast erscheinen. er versuchte im nachthemd abzuhauen. fu und herbeigerufenen bullen erklärten sich für nicht zuständig: "laßt ihn ruhig laufen, dann läuft morgen eben die fahndung". (buck, stellvertretender leiter von fu). daraufhin wurde jochen am 25.1. ins ug geschleppt, wo er aus protest eine zelle zertrümmerte. um seine ruhe zu haben, schaffte man jochen in die glocke, in der er sich damals verbrannte. den von uns informierten rechtsanwälten groenewold und rogge verweigerte pieper, chef des hamburger strafvollzugs, den zutritt. da es den anwälten nicht gelang, ihn aus der glocke zu befreien, befreite jochen sich selbst : er riß sich die verbände herunter und schmierte sich scheiße auf die noch immer offenen wunden. daraufhin mußte er zweimal gebadet

und desinfiziert werden. als jochen erklärte, er könne noch öfter scheißen, riet man ihm, ruhig noch ein paar zellen zu demolieren und verlegte ihn auf die sicherheitsabteilung B II.

frau dr. hammelhof, zkh, befand jochen endlich, nach nunmehr 16 monaten, für haftunfähig. glockenarzt mairose und gnaden-protze waren völlig anderer meinung. obwohl die anwälte begnadigugn wegen haftunfähigkeit forderten, wurde jochen am 29.1. nach fu zurück verlegt.

da sein gesundheitlicher zustand dringend eine fachärztliche behandlung erforderte, willigte jochen völlig resigniert ein, sich noch am gleichen tag in die hautklinik des ak heidberg einweisen zu lassen. zu den heidberger ärzten hatte jochen besonderes vertrauen, weil sie ihn als zugezogene fachärzte während seines ochsenzoll-aufenthaltes bereits behandelt hatten. dr. goldschmidt (ak heidberg) erklärte ihm, er müsse von den knastärzten falsch behandelt worden sein, da die wunden nach 16 monaten längst hätten verheilt sein müssen.

obwohl das gutachten von dr. berger bestand, hielten es die knastärzte nicht für notwendig, das ak heidberg darüber zu informieren, daß joahen keine psychopharmaka einnehmen darf. so war es möglich, daß jochen am abend des 29.1. das als stark wirkendes mittel bekannte "megaphen" verabreicht bekam. seine schlechte psychische verfassung gab ihm den rest !

jochen verschwand am späten abend aus heidberg. im verlaufe der nacht muß jochen alkohl zu sich genommen haben, so das hafenkrankenhaus. das zusammenwirken von alkohol und megaphen erzeugt auch bei psychisch stabilen menschen katastrophale zustände. die ständigen arschtritte der justiz, knastkoller und seine allgemeine gesundheitliche verfassung brachten jochen in einen psychischen ausnahmezustand, der zum selbstmordversuch führte. am 30.1. morgens rief jochen eine ihm bekannte schwester im ak barmbek an und sagte ihr, daß er sich vor das nächste auto werfen werde. die schwester versuchte noch, ihn zurückzuhalten, aber jochen hängte einfach ein. er warf sich unter einen lastzug.

jetzt liegt jochen mit schädelbasisbruch, schwerem gehimtrauma, rippenreihenbrüchen und mehreren beckenbrüchen bewußtlos am atemgerät der intensivstation des hafenkrankenhauses."

schwarze hilfe hamburg

heute bekamen wir die nachricht, dass jochen am 13. februar im hafenkrankenhaus gestorben ist.

HAMBURG (ID) SCHUHVERKAUF IM POLIZEIPRÄSIDIUM

11.feb. die firma stut&co in hamburg verkaufte im jahre 1971 eine partie schuhe im werte von 1oo ooo dm an den hamburger siegfried pahlig . der kaufpreis wurde bis heute nicht erstattet.

in einem verfahren vor dem landgericht hamburg - (49)97/72 - hat sich herausgestellt, daß der größte teil der schuhe, im werte von etwa 81.ooo dm von dem spediteur bernd borix , z.zt. strafanstalt fuhlsbüttel, aus dem lager des herrn pahlig in das polizeipräsidium gefahren, dort mehr als ein zimmer geräumt und die schuhe paarweise zum verkauf aufgestellt hat. in welchem auftrag dies geschah, steht noch nicht fest. die anweisung soll von einem kriminalbeamten erteilt worden sein. in dem urteil vom 6.12.72 hat jedenfalls das landgericht hamburg festgestellt:

"richtig ist, daß seinerzeit ein schuhverkauf zu verbiligten preisen im polizeihochhaus durchgeführt wurde."

am 28.11. letzten jahres stellten die rechtsanwälte pierstoff und speck eine strafanzeige gegen unbekannt wegen verdachts des betruges, die jedoch unbeantwortet blieb.

FLENSBURG (ID) HAUSDURCHSUCHUNG OHNE HAUSDURCHSUCHUNGSBEFEHL

13. februar 1974

presseerklärung der roten hilfe flensburg:

am freitag, den 8.2.74, wurde im rahmen der zerschlagung der sogenannten RAF-nachfolgeorganisationen bei drei genossen der RH flensburg gleichzeitig morgens um 8 uhr eine hausdurchsuchung durchgeführt. ein hausdurchsuchungsbefehl war nicht vorhanden; man berief sich auf § 129 (verdacht auf kriminelle vereinigung; verdunkelungsgefahr).

die durchsuchung in flensburg steht in direktem zusammenhang mit der verhaftung der genossen siegfried richter und irmela sell (komitee gegen folter) in breitenfelde. bei der hausdurch-

suchung in breitenfelde, bei der ca. 50 bullen, darunter MEK-leute, das haus umstellten, wurden angeblich waffen gefunden (allerdings unter höchst mysteriösen umständen; d.h.: alle anwesenden, darunter drei kinder und eine oma, durften das haus nicht verlassen, die vorhänge wurden zugezogen; währenddessen wurde das grundstück mit minensuchgeräten abgesucht und dabei angeblich zwei gewehre gefunden).

spendenaufruf: zur unterstützung der genossen irmela sell und siegfried richter und deren kinder auf das konto: stadtsparkasse flensburg, konto-nr. 962104.

AUSLAND

ST.GALLEN
11.februar 74

MASSENVERHAFTUNGEN UND RAZZIEN IN ST.GALLEN UND RORSCHACH

am montag, dem 4.feb.74, machte die polizei in rorschach und st.gallen hausdurchsuchungen und verhaftete 11 jugendliche.die begründung dieser nacht-und nebelaktion lautete auf"sachbeschädigung" und"verdacht des aufrufs zum militärischen ungehorsam".zwei verhaftete wurden bis dienstag eingeknastet, vier weitere bis mittwochnachmittag.das schicksal der übrigen ist noch ungewiß.die polizei drang ohne haftbefehl in die wohnungen ein, beschlagnahmte material ohne quittung, durchsuchte zimmer in abwesenheit der bewohner, verweigerte notwendige medikamente und führte verhöre unter vorspiegelung falscher tatsachen und psychischem druck durch.

der zeitpunkt der polizeiaktion ist kein zufall:

- im november letzten jahres weigerten sich die frauen mit einem teigwarenboykott gegen die preiserhöhungen
- im dezember besetzten jugendliche in rorschach nach einer von den behörden missachteten unterschriftensammlung (über 7oo unterschriften) ein leerstehendes haus um sich so ein jugendzentrum zu schaffen.
- ende dezember regte sich in st.gallen der widerstand gegen die bustaxerhöhung mit einem aufruf zum schwarzfahren.
- ende januar organisierten ehemalige rekruten eine versammlung, auf der sie die jetzt neu einrückenden auf die militärmaschinerie vorbereiten wollten.

mit dem vorwand der"sachbeschädigung" und dem"verdacht des aufrufs zum militärischen ungehorsams" versucht die polizei genau diese neuentstehende bewegung zu blockieren!

offen sichtlich haben sie eine riesige angst davor, daß sich immer mehr jugendliche, frauen und arbeiter in diese richtung zu wehren beginnen und vom krisengeschrei der unternehmer nicht viel halten.

diese polizeiaktion hat nicht nur lokale bedeutung.sie steht in engem zusammenhang mit dem staatlichen terror gegen ähnliche bewegungen in der ganzen schweiz.so führte die polizei ende januar eine großrazzia gegen die seit sechs monaten besetzten häuser in zürich durch, ebenfalls mit dem ziel, den widerstand gegen den häusermord zu brechen.

doch die polizei hat sich verrechnet:

- sie kann nicht tausende von schwarzfahrern verhaften, die sich so gegen die erpressung mit den bustaxen wehren.
- sie kann nicht verhindern, daß die jungen arbeiter, lehrlinge und schüler häuser erobern, wo sie leben können ohne mieten zu bezahlen und ohne bevormundet zu werden und wo sie zugleich autonome zentren einrichten können.
- sie wird den kampf der rekruten gegen die untertanenfabrik armee mit solchen aktionen nicht bremsen können.

ZÜRICH (ID)
11.februar 74

HEGIBACH-HÄUSER: DIE BOURGOISIE GREIFT AN!

die polizeirazzia vom 29.januar

am dienstagmorgen um o45o fuhr ein polizeiaufgebot von 12o mann in uniform und zivil bei den besetzten häusern am hegibach (siehe ID nr.5) vor, und begann sofort, die haustür und die nächstgelegenen fenster mit vorschlaghämmern einzuschlagen.trotz der frühen morgenstunde war der überraschungscoup misslungen:die hausbewohner waren gewarnt worden und hatten in einer

vorherigen besprechung ihr verhalten festgelegt.ohne daß nennenswerter widerstand geleistet wurde drang die polizei gewaltsam ins haus ein, wobei ein familienvater, der die tür blockieren wollte, verprügelt wurde.

darauf befahlen die beamten, daß man sich auf sein zimmer zurückziehen sollte. in jedem zimmer wurde von etwa 8 beamten alles genaustens durchwühlt, drogen und politische schriften gesucht, fotos geknipst und die personalien der bewohner aufgenommen."als einer unserer hunde beim eintreten der polizisten bellte, zog einer von ihnen die pistole und drohte den hund zu erschießen, falls dieser nicht ruhig sei".nach zwei stunden zog sich die polizeiarmee zurück.

den vorwand für die polizeirazzia lieferte ein raubüberfall, der kürzlich im quartier stattgefunden hatte.die täter wurden schon in der freitagnacht verhaftet-trotzdem benutzte die polizei die gelegenheit, die hegibachhäuser zu filzen, obwohl die täter nicht inden besetzten häusern gewohnt hatten.das resultat der durchsuchung spricht für sich:keine nennenswerten waffen-schreckschußpistolen, knüppel, taschenmesser-kein stäubchen rauschgift.

im haus wohnen heute zwei familien mit kindern, ferner studenten, schüler, lehrlinge, berufstätige und künstler, insgesamt 76 personen.das haus ist überfüllt, täglich erkundigen sich neue leute nach einem zimmer.die selbstorganisation der bewohner klappt:reinigungsarbeiten, heizen und wache werden kollektiv organisiert, die finanziellen ausgaben gleichmäßig aufgeteilt."wir haben also das ganze haus unter kontrolle und die namen aller bewohner sind uns bekannt!daß die organisation klappt, haben wir in der nacht der razzia bewiesen:wir haben in einer vorherigen besprechung unser verhalten festgelegt, und als um 5 uhr früh die polizei kam, konnten wir alle hausbewohner alamieren und gemeinsam reagieren"."die polizei ist in unser haus, das bis zum dach voll von mietern besetzt ist, wie eine horde wilder eingebrochen, hat türen, fenster, schränke, wandschmuck und musikanlagen rücksichtslos zerstört oder beschädigt und mußte am ende abziehen wie eine schar geprügelter hunde, denen der ersehnte leckerbissen versagt geblieben ist."

der zweck dieser großaktion ist klar:die behörden versuchen damit die bewohner einzuschüchtern (die jetzt der polizei namentlich bekannt sind) und in den augen der quartierbewohner zu kriminalisieren, um die geplante räumung der häuser anfang märz ruhig über die bühne gehen zu lassen und die zu erwartenden protestaktionen der bevölkerung zu unterbinden.

das immer unverhältnismäßigere vorgehen der behörden steht übrigens durchaus im rahmen der zunehmenden militarisierung der polizei.noch am freitag abend hatte die polizei eine richtige notstandsübung im quartier unternommen:patroullien mit hunden, die plätze wurden besetzt, eine tram angehalten und drei jugendliche herausgeholt (die dann nicht einmal die täter waren)-ein bisher nicht dagewesenes vorgehen nach einem simplen raubüberfall.am dienstag dann die großaktion in den hegibach-häusern:12o polizisten stürmten um 5 uhr morgens in voller kampfausrüstung das haus.

in beiden fällen ist der sinn derselbe: die polizei soll an unpopuläre einsätze gewöhnt werden und die bevölkerung an die polizei.

PARIS (ID/LE MONDE) VIER ORGANISATIONEN VERBOTEN

31.1.74 der ministerrat, der am 30.jan. in paris tagte, hat das verbot von 4 organisationen mit autonomistischer oder regionalistischer zielsetzung ausgesprochen.: der baskischen bewegung ENBATA, der bretonischen bewegungen "front zur befreiung der bretagne" (bretonische republikanische armee) und der "front für die befreiung der bretagne, für die nationale befreiung und den sozialismus" - von der am 29.jan. 8 mitglieder festgenommen worden sind - , schließlich der korsischen bauern - befreiungsfront.

die verbotsmaßnahmen, die der ministerrat am mittwochmorgen beschlossen hat, wurden zusammen mit der folgenden regierungserklärung veröffentlicht : "in verschiedenen regionen haben sich gruppierungen gebildet, die sich angriffe auf die integrität des nationalen territoriums zum ziel gesetzt haben. ihre erklärungen lassen keinen zweifel über ihre absichten. die korsische patriotische befreiungsfront hat am 7.jan. in ajaccio erklärt, : 'wir betrachten uns als im konfliktzustand , nicht gegen die franzosen, sondern gegen frankreich... die autonomie interessiert uns nicht, wir sind für die unabhängigkeit.

das manifest der befreiungsfront für die bretagne proklamiert : 'wenn wir vor allem nationalisten und independisten sind, dann deshalb, weil wir wissen, daß der aufbau unseres sozialismus nur durch die politische befreiung der bretagne und des bretonischen volkes verwirklicht werden kann. die befreiungsfront für die bretagne/ für die nationale befreiung und den sozialismus (FLB-

LNS) hat im august einen tagesbefehl herausgegeben, der das thema der nationalen unabhängigkeit der bretagne aufnimmt: `die FLB ist eine sozialistische, revolutionäre, bretonische organisation der nationalen befreiung.... der imperialismus zwingt dem bretonischen volk, wie allen kolonisierten völkern, die verpflichtung eines langen, harten und schwierigen nationalen befreiungskämpfes auf.`

die in einer kleinen im jahre 1972 erschienenen druckschrift definierten ziele der ENBATA - bewegung enthalten ebenfalls die bildung eines baskischen staates : `wir basken sind ein volk und eine nation.... wir bekämpfen die separatistische grenze, die im norden die drei provinzen soule , bassenavàrra und la bourde der herrschaft des französischen staates überläßt. `

diese separatistischen thesen werden in zahlreichen presseartikeln, interviews und kommuniqués wiederholt.

diese verschiedenen separatistischen gruppen bemühen sich durch zusammenkünfte von verantwortlichen ihre aktionen zu koordinieren, damit ihre wirksamkeit gegen die regierung und die nationale repräsentation zu steigern , indem sie sich unterstützung gewähren. auch sind ständige kontakte zu ausländischen politischen vereinigungen oder parteien hergestellt worden, von denen sie hilfe erhalten. wiederholt sind ausländer ausgewiesen worden, so erst kürzlich vier belgische landsleute und zwei belgische parlamentarier flämischer sprache, die nach bayonne gekommen waren, um den baskischen separatisten unterstützung zu bringen.

im departement atlantische pyreneen unterhält die vereinigung ENBATA enge bindungen mit der spanischen revolutionären und separatistischen gruppierung ETA , deren illegalität durch erlaß vom oktober 72 festgestellt worden ist. ENBATA tritt in frankreich als sprecher der ETA auf, deren kommuniquees sie verbreitet und der sie dadurch materielle hilfe leistet, daß sie spanische separatisten aufnimmt, die gezwungen sind, nach frankreich zu gehen. im juni 72 schrieb die ENBATA :` und es gibt das baskenland, das erwacht, und das die rolle der neutralen zone spielen muß, wohin der rückzug und der aufenthalt der befreiungsstreitkräfte möglich sein muß.... das ist das baskenland des nordens.`

in den vier bretonischen departements sind die aktivität der befreiungsfront für die bretagne - bretonische republikanische armee - und seit kurzem diejenige der befreiungsfront für die bretagne vom ausland her inspiriert durch einen französischen landsmann, yann goulet, der die irländische staatsangehörigkeit erworben hat. er sichert zugleich die verbindungen zur IRA.

die korsische patriotische befreiungsfront hat beziehungen zu bestimmten italienischen organisationen.

die gruppen der bretonischen republikanischen armee unternehmen seit mehrern jahren anschläge gegen sachen .

57 personen, die sprengstoffanschläge begangen hatten oder in aktionen der FLB verwickelt waren, sind 1968 festgenommen worden und dem gerichtshof für staatssicherheit überstellt worden. das amnestiegesetz vom 30.juni69 hat dann die weitere verfolgung unterbrochen.

1972 sind 17 personen aus den gleichen gründen festgenommen worden. 11 von ihnen wurden angeklagt, und 7 zu gefängnisstrafen auf bewährung verurteilt.worden. seit der amnestie hat die FLB - ARB neue gruppen aufgebaut, die zu gewaltsamen aktionen übergehen. 1973 wurden 8 anschläge unternommenn und seit dem ersten jan. 74 wurden drei weitere verübt.

auf korsika hat die korsische patriotische befreiungsfront am 8. und 9. okt. 73 2 sprengstoffanschläge unternommen. in der nacht vom 3. auf den 4. jan. 74 wurden neue sprengstoffanschläge begangen, für diedie gleiche organisation die verantwortung übernommen hat.

LYON (ID/LIB.) ANSCHLAG IM KONGREßPALAST GEGEN MESSMER

31.1.74 während für den frühen nachmittag des mittwoch herr messmer in lyon erwartet wird, hat in der nacht vom 29.zum 30.jan. eine explosion den sall des kongreßpalastes schwer beschädigt, in dem am donnerstag in anwesenheit des regierungschefs die gemeinsame sitzung des regioanlrates und des komitees für wirtschaftliche und'soziale fragen der rhone - alpes - region stattfinden sollte.

PEDERNEC (bretagne) (ID/LIB.) NACH 12 WOCHEN STREIK WIRD WILD GESCHLACHTET

12.2. der streik der arbeiter in einem der schlachthöfe des unternehmers doux in pedernec (bretagne) begann am 4.12.73. der konflikt in pedernec wurde symbolisch für die arbeitskämpfe in der bretagne im winter dieses jahres. seit november hat sich der kampf der kleinbauern , fischer und arbeiter gegen die ausbeutung verstärkt. landwirtschaft und verarbeitung landwirtschaftlicher produkte sind in der bretagne die wichtigsten und am weitesten entwickelten arbeitsbereiche. doux besitzt vier schlachthöfe und kontrolliert die geflügelindustrie.

die arbeiter fordern etwa 50 pfennig mehr lohn und bessere arbeitsbedingungen. in dem werk werden täglich 35.000 hähnchen verarbeitet. für die arbeiter heißt das : wer die lebenden hähnchen aufs band schmeißt, muß das 800 mal in der stunde machen, ein hähnchen alle 8 sekunden, wer die getöteten hähnchen aufs band hängt, muß 2.400 hähnchen pro stunde abfertigen. das bedeutet monotone auf- und abbewegung der arme. die arbeit muß im stehen gemacht werden, selbst schwangere frauen dürfen sich nicht setzen, der einzige, der sitzt , ist der chef. arbeitsunfälle sind häufig, vor allem schnitte in die finger beim ausnehmen der hähnchen. wenn einer in einen behälter mit gedärmen fällt, und das passiert manchmal, muß er nach hause gehen zum waschen, weil es im werk keine duschen gibt. arbeitskleidung wird nicht gestellt, die kittel sind stinkig und dreckig, müssen jeden tag gewaschen werden, eine waschmaschine im werk gibt's nicht. die wäsche muß zu hause von den frauen gewaschen werden. die überstunden werden nach einem wochensystem berechnet,. wird an einem tag 10 stunden gearbeitet, am nächsten nur 6, springt am ende der woche keine prämie heraus. der verdienst pro woche ist nie höher als 1.000 francs (650 dm ungefähr). die fluktuation im werk ist hoch. viele aus der gegend haben schon dort gearbeitet, manchmal nur für eine woche.

doux lehnte in den ersten wochen des streiks jedes verhandlungsangebot der arbeiter ab. die arbeiter besetzten das werk und stellten streikposten auf. am 14.12. fordert der geschäftsführer die streikposten auf, das verbarrikadierte werkstor aufzumachen. die arbeiter dachten nicht daran. ein meister und ein streikbrecher fuhren mit einem lieferwagen in die arbeiter und verletzten einen von ihnen.am 16.12. schalten sich der bürgermeister von guingang (der nächst größeren stadt), und der landrat ein, die den unternehmer zu verhandlungen auffordern. keine reaktion des chefs. in den umliegenden ortschaften werden sammlungen und solidaritätsfeste durchgeführt. doux entläßt einen gewerkschaftsfunktionär ; das arbeitsgericht entscheidet auf wiedereinstellung oder tägliche zahlung von 200 frs. bußgeld. doux zahlt lieber. während des streiks bildet sich eine betriebsgemeinschaft, die wie bei lip beginnt, aktionen, kampfmaßnahmen, öffentlichkietsarbeit, streikgelder, weihnachtsfeier, umzüge und solidaritätsfeste zu organisieren. am 3.1. bequemt sich doux endlich zu verhandlungen., die im rathaus in guingamp stattfinden. doux geht auf einige forderungen zur verbesserung der arbeitsbedingungen ein,wie z.b. stellung weiterer kittel, bessere ärztliche versorgung. zu den geldforderungen sagt er kategorisch nein. am sonntag, dem 6.1., will doux die laufenden verhandlungen gegen abend verlassen, wieder ohne auf die lohnforderungen der arbeiter eingegangen zu sein. die arbeiter machen die türen zu, der chef und seine gehilfen können nicht abhauen. gegen 10 uhr kommt die dorfpolizei und fordert die arbeiter auf, die unternehmer freizulassen. die arbeiter denken nicht daran, unverzüglich rückt bereitschaftspolizei an. die arbeiter und arbeiterinnen werden verprügelt. die verhandlungen sind geplatzt. der bürgermeister , der eine woche zuvor den streikposten die hand schüttelte, hatte die polizei verständigt und den knüppeleinsatz veranlaßt. am 8.1. solidarisiert sich die belegschaft des schlachthofes in plouray, der auch im besitz von doux ist, und tritt ebenfalls in den ausstand. in guingamp organisierten 400 schüler einen solidaritätsstreik. am 10.jan. erscheinen 100 geflügelzüchter aus der gegend bei den streikenden und verlangen das ende des streiks : sie bleiben auf ihren hähnchen sitzen . die angelegnheit wird beredet, schließlich sehen die bauern ein, daß der streik jetzt nicht abgebrochen werden kann. doux hat seit dem vorfall am rathaus ständigen polizeischutz. die bereitschaftspolizei veranstaltet täglich eine riesenschau, indem sie mit größer geschwindigkeit durch die dörfer diese gebiets rast. am 16.1. brennt im werkshof von pedernec ein lastwagen, ein arbeiter wird in untersuchungshaft genommen. die kollegen erklären sich mit dieser aktion einverstanden. einige tage später erhält jeder arbeiter einen brief, in dem er vor die alternative entlassung oder arbeitsaufnahme gestellt wird. vier arbeiter lassen sich erpressen. am 21.1. wird die arbeit in plouray wieder aufgenommen: der streik war nicht zu halten, weil die meist jungen arbeiterinnen noch keine erfahrung mit arbeitskämpfen hatten.

am 22.1. taucht die polizei wieder auf : sie verschafft doux zugang zum werk, dabei werden frauen geprügelt. doux läßt ein paar hähnchen aus den kühlschränken holen, in denen noch ungefähr 3.000 t geflügel liegen. die arbeiter verstärken die barrikaden mit baumstämmen.

ende januar ist keine lösung des konflikts in sicht. die arbeiter beschließen, von ihren forderungen nicht abzugehen. doux macht keinerlei zugeständnisse. die streikposten ersetzen das zelt, das als aufenthaltsraum diente, durch eine stabilere baracke. sie bereiten sich auf eine längere kampfzeit vor. doux droht die schließung des schlachthofs an. dadurch drängt er die arbeiter in die defensive. 2 wochen später blockieren die streikenden einen expresszug und verhindern 35 min. dessen weiterfahrt. die polizei hatte sich auf eine straßenblockade eingerichtet und kommt zu spät.

jetzt gehen die arbeiter vollends zur offensive über : schon seit einigen tagen hatten sie eine selbstorganisierte schlachtung angekündigt. der anfang damit sollte am freitag, dem 8.2. gemacht werden. freitag morgen versammelten sich die kollegen vor ihrer baracke am werk, überwacht von der polizei, die auch an wichtigen kreuzungen streifen postiert hatte. die arbeiter setzen sich in ihre privatwagen, fahren in alle möglichen richtungen davon und treffen sich schließlich auf einem bauernhof, auf den sie vorher schon die wichtigsten maschinen gebracht hatten. die polizei hatte von allem nichts mehr mitbekommen. die "wilde" schlachtung wurde durchgeführt, ohne meister , im sitzen, es kann geredet und geraucht werden. die arbeit war durch die arbeiter selbst bestimmt. die 5.000 geschlachteten hähnchen wurden in den nächsten tagen von den unterstüzungskomitees verkauft. ein schild erklärte den käufern : " dieses hähnchen wurden von den bauern geliefert, von den arbeitern in pedernec geschlachtet, das unterstützungskomitee bietet es ihnen hier an".

ROM (ID/PTS) ERSTE NATIONALKONFERENZ DES ITALIENISCHEN "WISSENSCHAFT FÜR
15. februar 1974 VIETNAM"-KOLLEKTIVS
(siehe ID nr. 15)

der termin für diese erste nationale konferenz des ital. "wissenschaft für vietnam"-kollektivs wurde nun endgültig für den 16./17. märz in rom festgesetzt.

die vietnamesische delegation (höchstwahrscheinlich ein physiker und ein biologe) wird eine woche früher in italien eintreffen und etwa 14 tage bleiben.

am 16. märz sollen organisatorische treffen stattfinden, die die vorgeschlagenen programme zur zusammenarbeit zwischen den italienischen kollektiven und der vietnamesischen delegation zum thema haben. delegierte anderer "wissenschaft für vietnam"-kollektive aus den USA, aus england, frankreich und deutschland (und wahrscheinlich noch anderen europäischen ländern) werden daran teilnehmen.

am 17. märz soll es eine allgemeine diskussion geben, eingeleitet von einem referat der vietnamesischen delegierten über "wissenschaft und der aufbau des sozialismus in vietnam". an ihr werden auch studentengruppen, repräsentanten von verbänden und politischen gruppen, delegierte von anti-imperialismus-gruppen und andere teilnehmen.

alle gruppen, die vertreter zu der konferenz schicken wollen, sollten u m g e h e n d kontakt aufnehmen mit:

sancia gaetani - istituto della nutrizione - città universitaria - rom
tel. (06) 49 53 913, oder (privat) (06) 67 82 237,

wenn möglich anrufen oder telegramm schicken!

soweit möglich, wird unterkunft für leute von auswärts vorbereitet.

BUENOS AIRES (ID/PTS) STRAFRECHTS"REFORM" ERMUTIGT RECHTSRADIKALE

15.2.74 ende dezember 73 wurde vom argentinischen senat die repressive strafrechtsreform verabschiedet, die offiziell "zur sicherheit des volkes" dienen soll, in wirklichkeit aber darauf abzielt, militante linke organisationen zu zerschlagen, und noch effektiver alle oppositionellen - und untergrundgruppen zu kontrollieren, einschließlich progressiver peronistischer elemente. obwohl die kernsätze der reform sehr viel härtere strafen für entführung, mord, und anstoß zu gewalt (solche fälle kamen in den letzten 6 monaten gehäuft vor) vorsehen, gibt peron auch zu, daß sie dazu dienen sollen, die linke zu unterdrücken und "alle revolutionären organisationen aufzulösen" .

die repressionen richten sich auch gegen die "peronistische jugendbewegung", die im september 1973 ein entscheidender faktor war, peron wieder an die macht zu bringen . diese orga-

nisationen, wie überhaupt die peronistische bewegung, ist in sich gespalten in linke und rechte gruppierungen, und der konflikt tritt an der strafrechtsreform offen zutage.

bei einem kürzlich von den führern der peronistischen jugend mit dem präsidenten arrangierten treffen wurde die wachsende kluft zwischen den verschiedenen peronistischen gruppen noch deutlicher : von den 100, die eingeladen waren, boykottierten 90 das treffen, und die 10 , die kamen, waren allesamt sympathisanten des rechten flügels.

vor letzte woche kam es im zentrum von buenos aires zu einem zusammenstoß zwischen tausenden von demonstranten und der polizei, in dessen verlauf auch schüsse fielen, und einige demonstranten festgenommen wurden. peronistische jugendgruppen hatten zu dieser demonstration aufgerufen, um gegen die repressive strafrechtsreform zu protestieren. "die, die nicht zufrieden sind, können ja gehen", erklärte peron unverfroren den kongreßdelegierten der peronistischen jugendorganisationen, die zu ihm gekommen waren, um die gründe für ihren protest gegen das gesetz zu erklären. "waffen muß mit waffen begegnet werden", sagte er weiter, obwohl er nur wenige wochen zuvor versprochen hatte, "der gewalt der ultras nicht auch noch die gewalt des staates entgegenzusetzen". jetzt aber erklärte er offen :"wir sind bereit, wenn es nötig ist, außerhalb des gesetzes zu handeln, und wir werden mit gewalt vorgehen."

ebenfalls vorletzte woche hatte peron alle die, die eine"sozialistische nation"aufbauen wollen, aufgefordert, "sich in eine politische partei mit einem solchen ziel zu integrieren, denn innerhalb der peronistischen bewegung (justicialism) ist kein platz für extremisten, weder von rechts noch von links"!

seit peron diesen neuen harten kurs gegen die linke in argentinien eingeleitet hat, einschließlich der linken gruppierungen in seiner eigenen partei, überschwemmt eine welle von rechtsextremistischem terror das land :

am 26.jan. explodierten 22 bomben in den drei größten städten des landes. ziele dieser anschläge waren gebäude oder wohnungen, in denen linke vermutet wurden.

in buenos aires gingen bomben hoch in 7 büros der peronistischen jugend.
in einem kommuniqué erklärte sich die rechtsextremistische "todes-squadron" für die anschläge verantwortlich. die gruppe, ähnlich wie die terrorbanden, die in brasilien und uruguay aktiv sind, gab bekannt, daß ihre mitglieder sich rekrutieren aus "personal aus verschiedenen bereichen der polizei sowie den nationalen spionageabwehr-organisationen und dem sicherheitsdienst".

diese gruppen, die sich selbst als "para-polizei" bezeichnen, drohen damit, alle "linken elemente" zu töten. in einem brief, den sie kürzlich einer zeitung in buenos aires zuleiteten, hieß es : "diese elemente werden auf der stelle abgeurteilt, wo immer wir sie finden."

inzwischen sind polizeieinheiten in die büros des führenden organs der peronistischen jugend, el descamisado ("der hemdlose".- so genannt nach perons bezeichnung der in armut lebenden arbeiter während seiner ersten präsidentschaft in den vierziger jahren) eingedrungen und haben sie zerstört.

aus protest gegen dieses vorgehen und gegen das neue "terroristen-gesetz" sind am tage der polizeiaktion 8 parlamentsmitglieder der peronistischen jugend zurückgetreten. die jugendbewegung rief auf zum "alarmzustand", um sich gegen die angriffe sowohl der regierung als auch der rechtsgruppen zu schützen.

BUENOS AIRES (ID/PTS) GUERRILLAS GREIFEN LUFTWAFFENSTÜTZPUNKT AN
15. februar 1974

10 leute wurden festgenommen und angeklagt wegen beteiligung an dem angriff auf den luftwaffenstützpunkt "mariano moreno" 30 km von buenos aires entfernt, am 3. februar. der gescheiterte angriff, der der ERP (revolutionäre volksarmee) zugeschrieben wird, war auf die vernichtung der 10 mirage-düsenjäger gerichtet, die dort stationiert sind.

zwei wochen zuvor hatten die guerrillas die militärgarnison in azul angegriffen, wobei ein regimentskommandant getötet und ein oberst gekidnappt wurde.

auf diese letzte aktion hin hat der präsident peron angekündigt, daß alle notwendigen maßnahmen getroffen würden, um "die guerrilla-macht zu vertreiben und auszulöschen". denn trotz der kürzlich verabschiedeten strafrechts"reform" (siehe vorhergehenden artikel), die härtere maßnahmen gegen guerrillatätigkeit vorsieht, gehen die aktivitäten der guerrillas unvermindert weiter.

MADRID (ID) SALVADOR PUIG ANTICH

10.2.74 der einspruch des verteidigers liegt seit freitag, 8.febr., zur endgültigen prüfung beim höchsten militärgerichtshof. die prüfung beginnt am montag morgen, 11.febr.

MADRID (ID) SAN ADRIAN DE BESOS

10.2. am 8.2. fand der prozeß gegen 4 arbeiter aus san adrian de besos statt. bei einem streik am 27.4.1973 in der central termica de fesca in san adrian erschoß die poliz ei den arbeiter fernandez marquez. die jetzt vor dem kriegsrat verurteilten 4 arbeiter wurden wegen aufwiegelung und auseinandersetz ng mit der polizei angeklagt. insgesamt war es eine streikbewegung von etwa 1.500 arbeitern.

urteile: manuel perez ezquerra - 4 jahre gefängnis
leonardo ferrero rodes - 1 jahr gefängnis
fernando lozano revuelto-1 jahr "
josé moreno rider -1 jahr "

MADRID (ID) DER ARBEITSKAMPF BEI STANDARD ELECTRICA (ITT)

10.2.74 seit dem 26. 1. befindet sich einer der größten spanischen betriebe mehr oder weniger in einem voll-streik : standard electrica s.a. , die spanische filiale des multinationalen US-konzerns ITT . standard gehört zu 70 % ausländischen aktionären, allein 60 % der anteile sind im besitz von ITT , dessen konzernbudget größer als der haushalt des spanischen staates ist, nämlich über 400 milliarden peseten (das sind etwa 20 milliarden dm ; eine peseta = 0,05 dm). der konzern beschäftigt über 375.000 arbeiter in 70 ländern.

in spanien ist standard mit einer gewerkschaft von über 19.000 der beschäftigten hinter SEAT das zweitgrößte unternehmen, dem umsatz nach mit 13,5 milliarden pesetas 1971 an zehnter stelle, der gewinnsituation nach an erster stelle. erreicht z.b. SEAT "nur" 756 mill. pesetas (38 mill. dm) , so standard mit weniger als der hälfte des umsatzes über 1,1 milliarden pesetas (60 mill. dm). das verhältnis der von standard verausgabten löhne zu den gewinnen hat sich zugunsten letzterer wie folgt verändert (dabei ist die zunahme der beschäftigten mit zu berücksichtigen. 1966 =100) :

umsatz	gewinne	löhne/gehälter	beschäftigte
1966-5.837,3 (100)	299 (100)	1690,5 (100)	14.644
1967-6.755 (116)	444,1 (173)	1861,7 (110)	14.167
1968-6.903 (120)	592,6 (197)	2018 (118)	13.914
1969-8.700 (150)	740 (246)	2366,9 (140)	15.026
1970-10.833,1(185)	1001,5 (333)	2897,3 (171)	16.349
1971-13.549,3(235)	1232,4 (410)	3611,8 (212)	18.075
1972-16.248 (280)	1598 (535)	3800 (223)	18.800
1973-20.ooo (342)	2000 (668)	4187 (245)	19.226

(umsatz, gewinne und löhne/gehälter in mill. pesetas)

ITT besitzt in spanien mehrere produktionszentren: madrid, santander, toledo. in madrid befinden sich zwei fabriken mit jeweils etwa 6.000 beschäftigten, ein forschungs-und rechenzentrum mit etwa 500 und verwaltung und übriges mit etwa 1400. in toledo sind es 1.600, in santander 1.500 beschäftgite. über das ganze land verteilt arbeiten an installationen etwa noch weitere 2.000.

von den größeren unternehmen in der metallbranche in der provinz madrid zahle standard die niedrigsten löhne. 74 % der belegschaft sind spezialisten und erhalten monatlich an garantiertem lohn/gehalt 9.513 pesetas (etwa 480 dm). dazu kommen betriebliche zulagen , die als persönliche vergünstigungen vertraglich nicht abgesichert sind. der durchschnitt des real gezahlten lohnes

ist auf grund dieses privaten begünstigungssystems nicht zu ermitteln, doch ist anzunehmen, daß der größte teil der arbeiter um 10- 11.000 pesetas monatlich erhält (500- 550 dm)

der letzte "tarifvertrag" (jeweils 2 jahre gültigkeit) wurde im september 1973 gekündigt und lief am 31.12.73 aus. die verhandlungen begannen erst am 15.1., nachdem die arbeiter dieses schlüsselbetriebes der zentral-spanischen metallbranche bereits monatelang ausgedehnte umfragen durchgeführt hatten und das ergebnis in form eines vertragsentwurfs dem "betriebsrat" vorlegten. diese entwurf war mit über 5.000 unterschriften versehen und spiegelte sehr detailliert die meinung des größten teils der arbeiter wieder. von den 21 forderungen waren die wichtigsten :

- 500 pesetas (ca. 25 dm) tägl. mindestlohn und 5.000 pesetas garantierte monatliche mindestlohnerhöhung einheitlich für alle kategorien
- 40-std.-woche (bisher 43,5std)
- 30 tage jahresurlaub (bisher 20)
- lohnerhöhung wegen dauer der betriebszugehörigkeit alle drei, anstatt bisher 5 jahre
- 100 % des reallohns als ruhegeld mit 60 jahren
- beteiligung einer von den arbeitern demokratisch gewählten kommission an den verhandlungen
- versammlungsrecht.

der "betriebsrat" von standard setzt sich aus 16 von den arbeitern nicht direkt gewählten personen zusammen. jedes betriebszentrum stellt 4 delegierte, so madrid mit etwa 14.000 ebenso 4 wie santander und toledo mit jeweils etwa 1.500, sowie der installationsbereich. zwei drittel der mitglieder des "betriebsrats" vertreten unternehmensinteressen. die verhandlungskommission bildet sich aus diesen 16 leuten, sowie 2 sekretären und einem vertreter der "beratungskommission" des vertikalen syndikats.

anfangs tritt der BR zur beratung des entwurfs der arbeiter in madrid zusammen, dann, als die arbeiter deutlich ihre interessen und ihre verbitterung über die lange hinauszögerung des verhandlungbeginns in versammlungen, petitionen usw. bekräftigen, siedelt sie nach santander über, wo der druck der arbeiter geringer ist. die politischen forderungen der arbeiter werden ausnahmslos gestrichen, ebenso die übertragung der 12 % -steuer auf das unternehmen, der zugehörigkeitszuschlag alle 3 jahre, der urlaub wird auf 27 tage verkürzt usw. immerhin bleibt aber durch die entschiedenheit der arbeiter der wesentliche teil der lohnforderungen bestehen und die arbeiter beschließen, diesen verstümmelten entwurf dennoch in den verhandlungen zu unterstützen.

die verhandlungen beginnen am 15.1.

die "betriebsräte" lehnen eine teilnehme der von den arbeitern vorsorglich gewählten überwachungskommission ab, da sie vom syndikat nicht legalisiert worden sei. bereits im oktober 1973 hatten die arbeiter einen mit 1.200 unterschriften versehenen brief an das metallsyndikat mit der forderung gerichtet, eine versammlung über den vertragsentwurf abhalten zu können. bis jetzt gibt es noch keine antwort. am gleichen tag (15.1.) erfahren die arbeiter, daß standard einen gegenentwurf mit folgendem angebot vorgelegt hat :

- lohnerhöhung um 1.600 pesetas für alle kategorien -

die weiteren forderungen zu behandeln lehnt standard ab, da sie in den rahmenvertrag gehörten, der bereits im juli abgeschlossen worden sei.

die vertragliche absicherung umfaßt nur einen teil des effektivlohns, daher läuft dieser vorschlag auf u.b. 29 pesetas erhöhung pro tag für einen spezialisten hinaus, das sind knapp 1,50 dm.

am nächsten tag, dem 16.1., reagieren die arbeiter auf diese unverschämtheit des betriebes mit vollstreik. standard sieht sich gezwungen, das angebot zu erhöhen. vorschlag : 49 ptas erhöhung pro tag (knapp 2,50 dm), aber "um diese wirtschaftlichen verbesserungen gewähren zu können, kann der vertrag erst am 1.2.74 in kraft treten".

am 17.1. wird in beiden großen madrider fabriken eine stunde lang vollgestreikt und es finden von jetzt an täglich zwei von den comisiones obreras einberufenen versammlungen statt.

am 18.1. wird über mittag in keinem der madrider standard-betriebe gearbeitet. die verwaltung und das forschungs- und rechenzentrum, welches zu zwei dritteln aus sogenannten höheren angestellten besteht (industrie- und fernmeldeingenieure, naturwissenschaftler), schließen sich dem streik an. auch in toledo finden am 19.1. (samstag) und 21.1. (montag) streiks statt.

standard hatte die nächste verhandlungsrunde für den 20.1. vorgesehen..mit der absicht, den firmenvorschlag durchzubringen. die einheit der arbeiter der verschiedenen zentren machte diesen versuch zunichte. stattdessen beantragte standard, die verhandlungen wegen des "anomalen klimas in der arbeiterschaft" um 6 monate zu verschieben. währenddessen sollte der längst gekündigte vertrag weiter in kraft bleiben. das spanische recht, welches streik als aufruhr bestraft, sieht diesen weg der bestrafung von arbeitern durch das unternehmen vor. das vertikale syndikat, in dem die unternehmer selbst sitzen, hat über den antrag innerhalb 15 tagen zu entscheiden. 15 tage, die standard dazu benutzen kann, eine schwächung der bewegung abzuwarten, b.z.w. durch sanktionen, entlassungen usw. zu fördern.

in wirklichkeit war dies ein versuch, die bewegung zu spalten, indem es jetzt nur noch um die alternative ging, entweder den vorschlag der firma anzunehmen oder gar nichts. währenddessen verlangen die arbeiter weiterverhandlung, und zwar auf basis ihres.entwurfs. täglich finden versammlungen und streiks statt.

diese politik des unternehmens wurde wenige tage später deutlich, als die verhandlungen am 25.1. fortgesetzt werden. die "arbeitervertreter", der "betriebsrat", hatte inzwischen den amputierten entwurf der arbeiter fallen gelassen und die einzige verhandlungsbasis war der firmenvorschlag.

am 25.1. schließen sich zu ende der arbeitszeit (14.45 uhr) etwa 1.500 arbeiter in der kantine einer der beiden großen fabriken ein, um auf einen BR zu warten, der sie über den verlauf der verhandlungen informieren soll, vor allem darüber, auf welcher grundlage überhaupt verhandelt wird. der BR ignoriert die anwesenheit der arbeiter völlig, die bis nach 22 uhr aushalten. um 23 uhr wird der entwurf des unternehmens ohne modifikationen als neuer vertrag mit 2 - jähriger laufzeit unterzeichnet. presse und fernsehen sprechen von "wichtigen sozialen -und gehal tsverbesserungen."

als die arbeiter am nächsten tag, smastag, dem 26.1., vom abschluß erfahren, reagieren sie mit vollstreik in beiden großen fabriken : in ramirez de prado (madrid) von arbeitsbeginn an, in villaverde (madrid) ab 10 uhr.

auf einer versammlung in ramirez de prado fordern 2.000 arbeiter
- ungültigkeitserklärung des vertrags durch das arbeitsministerium
- inzwischen lohnerhöhung für alle um monatlich 3.000 ptas ohne diskriminierung
- entlassung des "betriebsrats"
- keine sanktionen seitens des unternehmens

am montag, dem 28.1., setzt sich der streik in allen zentren fort, worauf die betriebsleitung die polizei ruft, welche ramirez de prado am 11.30 uhr räumt und villaverde um 13 uhr.

am dienstag, dem 29.1., räumt die polizei die zwei übrigen zentren ; damit sitzen etwa 15.000 arbeiter auf der straße. ihnen wird zugleich der lohn für diese tage entzogen, oft für länger. das unternhmen beginnt, die aktivsten arbeiter zu entlassen, an diesem tag 28. 11 von ihnen sind arbeiter, die übrigen büroangestellte oder techniker. 8 von ihnen sind aktive syndikatsvertreter, einer wurde verhaftet. die erste verhaftung.

am donnerstag, dem 31.1., werden villaverde und ramirez de prado wieder geöffnet. in villaverde halten die arbeiter eine versammlung ab und beschließen, mit den folgenden zielen weiterzukämpfen :
- wiedereinstellung der entlassenen, aufhebung der sanktionen (lohnkürzungen etc,) freiheit für die verhafteten arbeiter.
- 500 ptas täglich mindestlohn für den hilfsarbeiter, 5.000 ptas monatliche erhöhung für alle kategorien
- entlassung der "betriebsräte", die den vertrag unterzeichnet haben (6 von ihnen haben sich geweigert).

in villaverde ist der streik total ; es wird ein weiterer arbeiter entlassen und fünf erleiden sanktionen. in ramirez de prado werden 24 arbeiter mit lohnentzug auf unbestimmte dauer bestraft und es wird gegen sie ein verschärftes entlassungsverfahren eingeleitet, welches bedeutet, daß sie im sektor metall in der ganzen provinz keine anstellung mehr finden. in barcelona das gleiche gegen zehn arbeiter, sowie in madrid gegen einen BR, der den vertrag nicht unterzeichnete.

die repression in diesen tagen wird immer stärker. im vorort villaverde beherrscht die guardia civil das straßenbild. die anderen zentren habe ich nicht gesehen, aber es ist vermutlich

ähnlich. die kommunikation unter den zentren ist für die arbeiter schwer aufrechtzuerhalten. madrid ist hauptsächlich erst nach dem sieg der faschisten eine große industriestadt geworden und das spiegelt sich in der lage der industriezentren rund um die stadt wieder. sie liegen jeweils mehr oder weniger jenseits des stadtrands ohne kommunikation untereinander (z.b. straßen, busse, metro), sondern werden nur über das stadtzentrum vermittelt. die industrieregionen sind daher sehr leicht voneinander zu isolieren. die ausgangsbasis für eine vereinheitlichung der kämpfe in den verschiedenen industrievororten ist hier schlechter als in den organischeren industrieregionen wie barcelona oder bilbao.

die zusammenarbeit von standard, polizei und syndikat ist sehr eng. auf veranlassung des unternehmens beginnt die polizei, bekannte arbeiter nachts in ihren häusern zu verhaften, wenn sie sie tagsüber nicht erwischen kann oder die solidarisierungsgefahr zu groß ist.

die streikbewegung ist sehr geschlossen und die unterstützung der comisiones obreras fast vollständig. die comisiones setzen sich aus nicht organisierten und mitgliedern verschiedener organisationen (darunter die KP , bandera roja, O.R.T., sowie katholische gruppen) zusammen, und sind teilweise identisch mit den anti- 1001- comisiones, die im letzten jahr zur unterstützung der 10 angeklagten arbeiterführer (der prozeß 1001 am 20.12.73) gebildet worden waren und sich über ganz madrid verteilten. die comisiones bei standard agieren weitgehend einheitlich und drücken die beschlüsse der versammlung aus. der zusammenhang von massenbewegung und comisiones obreras ist gegenwärtig sehr eng.und direkt.

die höheren angestellten haben sich dem kampf größtenteils angeschlossen. das personal des forschungs-undrechenzentrums scheint dabei eine sehr wichtige rolle zu spielen. da dieses zentrum von allen die meis te zeit geschlossen war (und bis heute noch ist), haben viele dort beschäftigte koordinationsaufgaben übernehmen können. so ist z.b. ein "komité zur ausdehnung des kampfes" entstanden, welches sich um erklärung des kampfes in anderen betrieben, den unis usw. bemüht, ein "komité zur unterstützung der entlassenen", welches die spenden aus den unis und den betrieben verteilt, . obwohl die presse den kampf weitgehend totschweigt, b.z.w. immer wieder von der normalisierung des arbeitsablaufs redet, ist es gelungen, zumindest in madrid eine breite solidarisierung herzustellen . dennoch ist der finanzielle druck eine der wichtigsten waffen in den händen des unternehmens. in einem land, in dem streiks verboten sind, gibt es natürlich keine streikkassen.

der kampf verschärft sich weiter.

am freitag, de, 1.2., wird in ramirez de prado teilweise weiter gestreikt, in villaverde voll. mittags wird hier ein brief der werksleitung verlesen, der die entlassung aller streikenden arbeiter androht und der den arbeitern eine halbe stunde zeit gibt, zur arbeit zurückzukehren. es entsteht eine enorme spannung und große gereiztheit im betrieb und auseinandersetzungen innerhalb der belegschaft finden statt. frauen bekommen weinkrämpfe. ein als spitzel bekannter beschäftigter wird krankenhausreif geschlagen. zu betriebsschluß halten die arbeiter eine versammlung ab, auf der die fortsetzung des kampfes beschlossen wird. währenddessen werden drei arbeiter zu hause verhaftet. sie können bis zu 72 stunden festgehalten werden. hat die polizei bis dann irgendetwas in den händen, was die verhaftung begründen könnte, kann sie für die freilassung eine kaution verlangen, meist 100.000 bis 200.000 ptas (5 - 10.000 dm) . fast immer können diearbeiter die summe nicht aufbringen. seit kurzem gibt es die juristische möglichkeit, verhaftete arbeiter wegen ihres nicht-erscheinens am arbeitsplatz zu entlassen. (auf die weise der denunziation und kollaboration zwischen unternehmen und polizei sind beim arbeitskonflikt bei SKF in madrid im oktober 73 die aktivsten arbeiter gefeuert worden.)

am samstag, 2.2., führen die arbeiter von villa verde wieder eine versammlung durch und wiederholen ihre forderungen. mittags wird die fabrik von neuem von der polizei geräumt und bleibt"auf unbestimmte zeit"geschlossen. das forschungs- und rechenzentrum ist immer noch geschlossen. die zahl der entlassenen ist inzwischen auf etwa 70 angestiegen.

am montag, 4.2., bleiben das forschungszentrum und villaverde geschlossen. standard erklärt die auflösung der arbeitsverträge "des personals, welches an undisziplinierter haltung festhielt". damit sind über 4.000 arbeiter gekündigt, fast die gesamte belegschaft von villaverde !

zwei tage später, am 6.2., kündigt die firma individuelle wiedereinstellung fast aller vorherigen mitarbeiter an. zugleich setzt sie die wiedereröffnung des werkes villaverde auf den 8.2. fest.

inzwischen sind schon 10 syndikatsvertreter und zwei mitglieder des BR entlassen, zwei zwei mitgliedervon den sechs nichtunterzeichnern.

7.2. : vom syndikat ist durch die presse zu erfahren, daß es sich bei den wiedereinstellungen nur um 3.900 handeln soll. bis jetzt (10.2.) ist das einstellungsverfahren noch nicht ab-

geschlossen; über die zahl der entlassenen ist daher nichts genaues zu sagen. über 100 sind es jedoch ziemlich sicher, davon ein großer teil "expediente", die also im metallsektor der provinz keine arbeit mehr finden.

mehrere hundert arbeiter versuchen, mit beamten des metallsyndikats im syndikatsgebäude zu reden. der zuständige beamte verschwand, sein sekretär erklärte die versammlung für illegal, die arbeiter hätten ihre wünsche in schriftlicher form einzureichen, deren weiterleitung bot er ihnen an. einige meter vom syndikatshaus in der madrider innenstadt, griff die polizei ein und trieb die arbeiter auseinander.

trotz der ankündigung der wiedereröffnung von villa verde am 8.2. läßt standard bereits am 7.2. einige hundert arbeiter hinein. jeder hat einen vertrag zu unterschreiben, womit die bisherige altersvergünstigung, bes--dere prämien, persönlich erworbenen lohnanteile wegfallen. alle arbeiter erhalten durchweg den status von neuanfängern. damit ist die übliche dieses konzerns auch hier klar : durch die entlassung ist er einerseits die aktiven arbeiter los, andereseits fällt das gesamte sonderzulagen-system fort, welches aufgrund der niedrigen vertraglichen lohnabsicherung einen relativ hohen anteil ausmachte.

am freitag, 8.2., arbeiten angeblich bereits 1.700 beschäftigte. sie werden in gruppen zu je etwa 300 personen in das fabrikgelände gelassen, das außen stark von guardia civil bewacht wird. so ist es kein wunder, wenn die zeitungen am 9.2. von voller normalität des arbeitsablaufs in villa verde berichten können. für den samstag, 9.2., werden weitere 870 wiedereingestellte erwartet.

gestern morgen, 9.2., wurden die bisher letzten 2 arbeiter vor dem sydikatsgebäude verhaftet, in welchem sie aus solidarität dem schlichtungsverfahren zwischen standard und den entlassenen beiwohnen wollten. das verfahren ist gescheitert. die arbeiter haben ihre beschwerde in kollektiver form eingereicht. standard erkennt die kollektivsituation aller arbeiter im arbeitskonflikt nicht an und verlangt die individualisierung der beschwerden. standard hat natürlich das "recht" auf seiner seite in einem land, in dem es juristisch überhaupt keine kollektiven arbeitskonflikt gibt, sondern der arbeiter individuell nach dem strafrecht wegen aufruhrs angeklagt wird.

gegenwärtig (wochenende 9./10.2.) herrscht große angst unter den arbeitern vor lohnentzug, arbeitsplatzentzug und verhaftung. (bisher sind 10 arbeiter verhaftet)

obgleich geldsammlungen eintreffen, ist die finanzielle lage der arbeiter sehr schwierig. ein großer teil (über 90 %) hat lohnverluste in form von strafe zu erleiden; die arbeiter von villa verde in form des verlusts ihrer altersansprüche, prämien etc. für sie bringt der neue vertrag eine erhebliche verschlechterung, und das bei einer von der regierung verkündeten preissteigerungsrate von über 14 %. für das nächste jahr (74) , ist eine höhere zu erwarten.

die entlassenen sitzen ohne unterstützung auf der straße. die comisiones obreras rufen dringend zur solidarität auf.

letzte meldung : bei villa verde sind 6000 arbeiter entlassen worden.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 ERKLÄRUNG DES HÄUSERRATS ZUM VERHANDLUNGSTERMIN MIT DEM HESSISCHEN INNENMINISTER

der häuserrat hat die mit dem hessischen innenminister bielefeld für mittwoch den 13.2.74 angesetzten verhandlungen abgesagt.grund: der in den letzten tagen ständige polizeiterror um den block: hausbewohner und-besucher werden durch kontrollen schikaniert,pkw's werden angehalten und durchsucht (im ganzen westend),zwischen drei und vier uhr nachts tauchen regelmäßig vor dem block mannschaftswagen und zivilstreifen zu mehreren auf, provokatives türgeknalle, sprechfunk auf voller lautstärke, anleuchten der fenster mit scheinwerfer, stablampen u.ä.. auf beschwerden der aus dem schlaf gerissenen bewohner - drohungen: "bald kommen wir ...", usw.

daraufhin hat der Asta der uni frankfurt das folgende fernschreiben des häuserrats an den hessischen innenminister übermittelt.

herr bielefeld hat sich bis jetzt nicht dazu geäußert.

die SPD hat hartnäckig das bubis-projekt durchgesetzt, obwohl für sie auch juristisch die verhinderung möglich gewesen wäre. der häuserrat hat immer wieder erklärt, daß er die weitere zerstörung von wohnraum, damit verbunden die vertreibung der bewohner aus der innenstadt in die randgebiete nicht widerstandslos akzeptieren würde. wir konnten diese "dominante", so adrian, an der ecke bockenheimer/schumannstraße nicht verhindern, über die machtverhältnisse in frankfurt machen wir uns keine illusionen. die bewohner und alle, die sich mit ihnen solidarisieren, werden darum nach der räumung gemeinsam um ihr interesse nach wohnraum kämpfen.

wir erklärten schon im oktober, daß nicht w i r einen neuen kettenhofweg provozieren wollen, s o n d e r n d i e s t a d t , und daß wir bereit sind, über die ersatzwohnungs- und räumungsfrage unter bestimmten bedingungen zu verhandeln.

unter dem druck der solidarisierung von mehreren tausend sympathisanten ist herr berkemeier s c h e i n b a r auf dieses angebot eingegangen. tatsächlich hat er nie einen konkreten vorschlag gemacht. die stadt leitet stattdessen eine üble hetzkampagne gegen uns ein, aus angst, die räumung könnte für sie zu einer neuen politischen niederlage führen.

sie, herr bielefeld, haben behauptet, sie wollten "versuchen, das problem durch bereitstellung von ersatzwohnraum zu lösen." zur frage des verhaltens der polizei bei weiteren hausbesetzungen geht wiesbaden von der prämisse aus, man müsse zunächst dafür sorgen, daß keine häuser mehr leerstehen. (zitat aus: FR, 24.12.73) "nur mit dem knüppel allein geht es nicht." (zitat: FR, 4.1.74).

w i r h a b e n g e m e r k t , d a ß s i e a u c h ü b e r a n d e r e m i t t e l v e r f ü g e n . konkret erfuhren wir von ihnen nur eines, nämlich versuche, uns physisch und psychisch unter druck zu setzen. sie sind für den nächtlichen polizeiterror vor den besetzten häusern verantwortlich. angesichts dieser erfahrung können wir nicht an ihre verhandlungsbereitschaft glauben. worte und taten widersprechen sich.

gespräche können für uns erst beginnen, wenn folgende forderungen erfüllt sind:

- sofortige einstellung des nächtlichen polizeiterrors
- sofortige beschaffung von akzeptablem wohnraum für die emigranten, die in den mietstreikhäusern unter unmenschlichen bedingungen leben
- akzeptabler ersatzwohnraum für die 80 bewohner der häuser bockenheimer/schumannstraße, des kinderladens und des mieterzentrums.

sollten sie nicht auf diese hier noch einmal genannten forderungen eingehen, dann werden sie mit widerstand rechnen müssen.

nicht mit dem widerstand von, wie sie immer meinen, einigen polit-rockern, sondern mit dem widerstand aller betroffenen und sympathisanten in der frankfurter bevölkerung.

dieser widerstand wird die knüppelpolitik der landesregierung und der stadt öffentlicher machen als je zuvor.

verantwortlich: häuserrat

DOKUMENT 2 ERKLÄRUNG ZUR VERFASSUNGSTREUE AUS NRW

im dezember letzten jahres verschickte das "schulkollegium beim regierungspräsidenten in münster" einen vordruck an alle öffentlichen gymnasien und abendgymnasien usw. (und "nachrichtlich an private gymnasien") zur gesinnungsschnüffelei, "betrifft verfassungsfeindliche bestrebungen und öffentlicher dienst" .

der wisch wird bei der einstellung von lehrern im angestelltenverhältnis und nebenberuflichen lehrern vorgelegt, wobei sie auch ihre wohnsitze der letzten 5 jahre angeben müssen.

belehrung und erklärung entsprechend § 55 abs. 2 lbg

belehrung:

nach § 55 abs. 2 des landesbeamtengesetzes - lbg - (§ 4 abs. 1 satz 1 des landesrichtergesetzes -lrig) ist der beamte (richter) verpflichtet, sich durch sein gesamtes verhalten zu der freiheitlichen demokratischen grundordnung im sinne des grundgesetzes zu bekennen und für deren erhaltung einzutreten. dementsprechend darf gemäß § 6 abs. 1 nr. 2 lbg (§ 4 abs. 1 satz 1 lrig) in das beamten - (richter)-verhältnis nur berufen werden, wer die gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokartische grundordnung im sinne des grundgesetzes eintritt. die g leichen politischen treuepflichten ergeben sich für angestellte aus § 8 des bundes-angestelltentarifvertrages- bat - und für arbeiter des landes aus § 9 des mantel-tarifvertrages für arbeiter der länder - mtl II - .

freiheitliche demokratische grundordnung im sinne des grundgesetzes ist nach der rechtsprechung des bundesverfassungsgerichts (vgl. urt. vom 23.10.52 - 1 bvb 1/51 - bverfge 2, 1 ; urt. vom 17.8.1956 - 1 bvb 2/51 - bverfge 5,85) eine ordnung, die unter ausschluß jeglicher gewalt - und willkürherrschaft eine rechtsstaatliche herrschaftsordnung auf der grundlage der selbstbestimmung des volkes nach dem willen der jeweiligen mehrheit und der freiheit und gleichheit darstellt. die freiheitliche demokratische grundordnung ist das gegenteil des totalen staates, der als ausschließliche herrschaftsmacht menschenwürde, freiheit und gleichheit ablehnt. zu den grundlegenden prinzipien dieser ordnung sind insbesondere zu rechnen :

die achtung vor den im grundgesetz konkretisierten menschenrechten, vor allem vor dem recht auf leben und freie entfaltung der persönlichkeit, die volkssouveränität, die gewaltenteilung,
die verantwortlichkeit der regierung gegenüber der volksvertretung,
die gesetzmäßigkeit der verwaltung,
die unabhängigkeit der gerichte,
das mehrparteienprinzip,
die chancengleichheit für alle politischen parteien,
das recht auf verfassungsmäßige bildung und ausübung einer opposition.

die teilnahme an bestrebungen, die sich gegen diese grundsätze richten, ist unvereinbar mit den pflichten eines angehörigen des öffentlichen dienstes. dabei ist es ohne bedeutung, ob diese betrebungen im rahmen einer organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

bewerber für den öffentlichen dienst, die an verfasssungsfeindlichen bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingestellt werden.

gegen beamte, die sich einer solchen pflichtverletzung schuldig machen, wird ein disziplinarverfahren mit dem ziel der entfernung aus dem dienst eingeleitet.

angestellte und arbeiter müssen in diesen fällen mit einer außerordentlichen kündigung gemäß § 54 bat, bz.w. § 59 mtl II rechnen.

erklärung :

aufgrund der mir erteilten belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich die grundsätze der freiheitlichen demokratischen grundordnung im sinne des grundgesetzes bejahe und daß ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes verhalten zu der freiheitlichen demokratischen grundordnung im sinne des grundgesetzes zu bekennen und für deren erhaltung einzutreten.

ich versichere ausdrücklich, daß ich bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische grundordnung oder gegen eine ihrer grundlegenden prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und insbesondere nicht mitglied einer hiergegen gerichteten organisation bin.

ich bin mir bewußt, daß ich einem verstoß gegen diese dienst - und treuepflicht mit einer entfernung aus dem dienst rechnen muß.

DOKUMENT 3 ERKLÄRUNG ZU DEN AKTIONEN DES 9.2. IN HAMBURG UND KÖLN

folgendes schreiben haben wir letzte woche in unserem briefkasten gefunden:

"in der nacht vom 9. zum 1o. februar haben zwei gruppen des kommandos 4.feb./ RAF das hauptquartier der hamburger menschenjäger und das hauptquartier der deutschen ausbeuterklasse in köln angegriffen.

durch einen technischen fehler verfehlte die aktion in hamburg ihre physische wirkung, jedoch nicht ihr ziel: das triumpfgeheul der klose, kgb-horchem, springer, mopo-clique mußte gedämpft, die vielen lügen der woche über unsere vernichtung gestoppt und den verunsicherten genossen klargemacht werden: der kampf hat begonnen - der kampf geht weiter - jeder niederlage bedeutet unseren nächsten sieg!

der angrif auf das bdi-hauptquartier galt einem unserer hauptfeinde. der angriff wurde durchgeführt weil hier die herren sohl, schleyer, beitz, amerongen und wie sie alle heißen mögen, planen, wie man zur steigerung der profite die gesundheit der arbeitenden menschen kaputtmacht. wie man durch militarisierung der betriebe und niederschlagung von spontanen streiks und 'geeignete' maßnahmen die unternehmermacht weiter festigt und die abhängigkeit und unterdrückung perfektioniert. sie sind es auch, die durch ihre büttel jeden revolutionären kampf bei uns im keime ersticken lassen möchten, und die für den terror gegen die völker der dritten welt und ihre befreiungsbewegungen mitverantwortlich sind.

wir warnen die rundfunk- und fernsehanstalten der brd davor, in zukunft weiter hilfsdienste für die verbrecherorganisationen m e k, g s g 9, b k a usw. fahndungshilfe mit wort und bild zu leisten. denn sonst werden geeignete schritte gegen einrichtungen dieser anstalten und drastische maßnahmen gegen deren verantwortliche durchgeführt. - kommando vierter februar/Raf "

DOKUMENT 4 GESPRÄCH MIT DEM "RHEIN-RUHR-INDUSTRIETHEATER"

"wir sind die legionäre der aktionäre - der bundesgrenzschutz" (aus dem ford-stück)

die gruppe besteht seit vier jahren und wurde durch den fordstreik überregional bekannt. sie haben bei dem ausstand vor den streikenden gespielt und den ablauf des streiks aktiv miterlebt. sie spielen öfters zusammen mit "klaus dem fiedler", so auch am 7. februar im frankfurter bonhöfer-haus, wo sie das dritte mal ihr stück über den ford-streik aufführten.

sie planen ein chilestück zum internationalen chile-komitee-treffen am 24. bis 26. april in frankfurt, mit dem sie später in andere städte gehen wollen. wir haben in frankfurt ein längeres gespräch mit der gruppe geführt, aus dem hier einige auszüge folgen.

ID: an welchen traditionen vom politischen theater orientiert ihr euch?

R.R.I.T.: wir haben uns erst an dem spontanen theater aus dem "mai 68" orientiert, das zu aktuellen anlässen aufgetreten ist, und notwendigerweise konnten diese punktuellen auftritte nur plakativ bleiben. soweit es berufsschauspieler waren, spielten sie weiter in bürgerlichen theatern. wir haben uns später als berufstheater, als arbeitertheater konzipiert, weil das bürgerliche theater eine unheimliche verschwendung ist, und die konkurrenz die schauspieler kaputt macht.

ID: ihr habt nun den anspruch, nicht nur vor linken zu spielen, sondern an möglichst viele arbeiter ranzukommen. wo seht ihr im augenblick die praktische möglichkeit, diese leute zu erreichen?

R.R.I.T.: das ist nicht so sehr die frage. wenn wir beispielsweise für arbeiter aus einem bestimmten betrieb spielen würden, müssten wir eine gaststätte aussuchen, und wenn dann eventuell 100 arbeiter von thyssen kämen, was sehr schön wäre, dann würden wir fragen, wo ist ein grosser betrieb, dann hinfahren, plakatieren und spielen. so können wir das aber nicht machen und haben es auch nicht gemacht. es haben sich über persönliche kontakte und interessen, die sich auch am inhalt des stücks festmachen, sehr viele verbindungen hergestellt zu arbeitern, gruppen und gewerkschaften. und das ist ein ansatz, der sich verbreitert, das heisst, wenn wir ein stück über den hösch-streik machen wollen, dass wir dann auch mit den betroffenen kontakt aufnehmen, hinfahren, und uns mit denen unterhalten, wie wir das stück am besten machen. wenn wir beispielsweise ein stück haben, das auch schon häufiger gespielt wurde und wir meinen, es wäre ganz gut, es in einem bestimmten betrieb aufzuführen, dann diskutieren wir mit einigen leuten aus dem betreffenden betrieb, ob es sinnvoll wäre usw..und auf

diesem weg der kontaktaufnahme verbreitert sich auch unser wirkungskreis.

ID: wie werdet ihr so von den verschiedenen politischen gruppen eingeordnet?

R.R.I.T.: als fortschrittliches, sozialistisches theater. nun ist es so, dass wir für keine politische partei propaganda machen. wenn wir in einem stück die politik einer partei kritisieren, dann ist natürlich ein konflikt gegeben, der sich dann aber in diskussionen niederschlägt, die wir ja vom publikum wollen und die für uns auch sehr wichtig sind. die diskussion kann nur in einem direkten zusammenhang zum stück stehen, wenn die leute schon mitten drin eingreifen können, das heisst, dass sie sich direkt dazu verhalten können, falls ihnen irgendetwas nicht passt.

ID: wie sieht das mit euren finanzen aus? nehmt ihr eintritt, sammelt ihr, oder gibt es eine andere regelung?

R.R.I.T.: das hängt immer von den umständen ab. wir brauchen zur reinen kostendeckung für jede aufführung ungefähr 300 mark. wenn wir zum beispiel in einem jugendzentrum spielen, das subventioniert wird, gibt es keine probleme. ist das nicht der fall, sammeln wir. es hängt auch davon ab, wie wichtig es für ein bestimmtes jugendzentrum ist, dass wir spielen. wenn es sehr wichtig ist und es ist kein geld da, kann man immer eine regelung finden. am geld sollte es auf jeden fall nicht scheitern.

(adresse: h. pachl, 5 köln, lübeckerstr. 22, tel. 73 36 58)

DOKUMENT 5 ANGOLA
EIN PORTUGIESISCHER OFFIZIER ÜBER ANGOLA
ausbildung für massaker

S. ist ein portugiesischer berufsoffizier, der noch immer in der armee tätig ist. er leistet gleichzeitig arbeit im untergrund: er leitet vertrauliches material, wie geheime berichte und militärische karten, weiter an die befreiungsbewegungen in den afrikanischen kolonien.

ich habe S. über zwischenpersonen an einem geheimgehaltenen ort gesprochen. sogar seinen namen durfte ich nicht wissen, aber seine papiere mit bild und seiner funktion in der armee habe ich gesehen.

es ist eine merkwürdige erfahrung, mit jemandem zu reden, der eine große chance hat, in zukunft zu tode verurteilt zu werden. wenn seine aktivitäten entdeckt werden, wird er sicher - nachdem er ausgiebig gefoltert worden ist - zu einem soldaten degradiert und nach der gefährlichsten front in afrika geschickt, bis er nicht mehr zurückkommt.

"natürlich habe ich angst.manchmal sogar sehr viel. aber jeder in protugal hat angst. denn jeder ist opfer. die machthaber halten das volk in einem eisernen griff. überall hat die regierung spione und verräter. man kann nie sagen, was man denkt. freunde trauen sich nicht mehr."

"in angola hat man angst vor einer kugel und vor der front. aber es kam noch etwas dazu. ich bekam angst vor meinem eigenen gewissen. es wird von einem erwartet, daß man unschuldige männer, frauen und kinder ermordet, weil sie schwarz sind und weil sie sich weigern, noch länger als sklaven behandelt zu werden. ich mußte einen langen kampf führen. ich dachte an meine frau und mein kind. aber ich glaube, daß ich besser erwischt werden kann als daß ich angst vor meinem gewissen habe. "

"ich komme aus einem bourgeoismilieu und kenne die elite von nahem. die gesichter dieser menschen sind wie mumien : flach und ohne gefühle. sie sind sich ihrer macht bewußt und halten sie für etwas selbstverständliches. sie wünschen sie nicht abzugeben und wollen keine rechenschaft darüber ablegen. ihre anteile an der börse und ihre sherry-parties sind ihnen wichtiger als das leben von millionen afrikanern. " .....

"der kriegsdienst dauert 4 jahre. die ausbildung - in portugal selbst - ist darauf ausgerichtet, aus den soldaten mördern zu machen. sie werden psychisch so kaputt gemacht, daß sie zu willenlosen instrumenten des oberkommandos werden. sie wissen nie, wann sie schlafen dürfen, wann sie essen dürfen, wann sie frei haben. immer werden sie in aufreibender unsicherheit gehalten. oft sind mitten in der nacht langdauernde übungen. es ist übrigens sowieso ein beliebtes mittel, die soldaten vom schlafen abzuhalten. nächte hintereinander schallt dieselbe musik durch die kaserne. tagsüber auch. immer dieselbe. die ganze ausbildung ist eine fortwährende indoktrination. hunderte male müssen die soldaten sagen : ich bin der stärkste, ich will schwarze terroristen ermorden, ich bin ein zukünftiger held unseres landes, ich will schwarze terroristen ermorden. das resultat ist, daß die soldaten, wenn sie an wochenenden frei haben und auf ihr dorf gehen, laufend ihre überlegenheit beweisen. die anwendung von gewalt ist dann keine ausnahme. "

"die übungen haben die intention, den soldaten jede menschlichkeit zu nehmen. sie dürfen keine gefühle von menschlichkeit behalten, sondern müssen unter den bizarresten umständen tun, was ihnen gesagt wird. während des trainings müssen sie manchmal mit scharfen patronen aufeinander schießen. es gibt eine übung, die von den soldaten das totfallen genannt wird. sie müssen dabei an einem strammgezogenen seil von einem hohen baum mit hilfe eines querseils herunterrutschen. sie kommen mit einer geschwindigkeit von ungefähr 70 km/std, auf dem boden an. daß dabei unfälle passieren, ist vorauszusehen, aber das ist für die armeeleitung, für die es andere gesetze gibt, uninteressant. es gibt viele übungen, wobei es tote gibt. in einer höhe von 7 - 8 metern müssen die soldaten über einen stahldraht laufen, der zwischen zwei bäume gespannt ist. ohne ein fangnetz darunter. im see bei lameger sind soldaten bei nächtlichem schwimmen ertrunken. drei zukünftige offiziere wurden von dem schlamm in die tiefe gezogen. so werden wir also für einen kolonialen krieg ausgebildet, der inhuman, historisch gesehen absurd ist und nicht im interesse des portugiesischen volkes liegt. "

"wenn die soldaten nach den kolonien gehen, sagt der kommandant vorher zu ihnen: wer von euch hat einen bruder in angola verloren, wer in mozambique, wer einen vetter in angola, wer einen freund? immer mehr finger erheben sich . ihr werdet eueren bruder, euren vetter, euren freund rächen. deshalb fahrt ihr jetzt weg. rächt sie."

"die größten psychischen schocks bekommt man in angola selbst. zwei jahre in einem anderen land, einem anderen klima. in totaler einsamkeit. ich war auf einem posten, einer gesicherten festung im osten des landes. das ist ein gebiet, das völlig von der befreiungsbewegung, der MPLA, kontrolliert wird. und das bedeutet, daß wir, außer wenn wir eine militärische aktion unternehmen, keinen fuß vor die tür setzen können. grenzenlose langeweile. man sieht immer dieselben gesichter, einmal in 15 tagen wird die nahrung und die post angeworfen. mit einem fallschirm aus einer dakota. und einmal im monat kommt ein militärischer konvoi, der etwas obst und fleisch bringt. "

"wenn die soldaten einander vertrauen, wagen sie es, ein wenig unfrieden zu ventilieren, indem sie politische witze erzählen, die den unsinn ihrer anwesenheit in den kolonien an den pranger stellt. ein beispiel : die amerikaner schießen menschen auf den mond. die russen schicken unbemannte raketen, die weich landen. wir können das alles nicht. wir machen das also anders. wir stellen aufeinander : einen kollaborierenden pater, einen geheimagenten, einen kolonialsoldaten, einen geheimagenten, einen kolonialsoldaten. und was kein anderes land schafft, schaffen wir : eine lebendige leiter bis obenhin. "

" humor ist die letzte waffe. die soldaten sind laufend in spannung. es ist das gebiet der MPLA. jeden moment kann der posten angegriffen werden. mit mörserfeuer von 1 1/2 km reichweite. die guerilleros sind unangreifbar."

"die verwundeten bei einem solchen angriff oder die verwundeten, die auf eine der unzähligen minen gelaufen sind, werden viel zu spät weggeholt. die hubschrauber dürfen nicht landen, weil die MPLA zu dicht in der nähe ist. ich habe verschiedene male erlebt, wie soldaten unnötig sterben, weil der hubschrauber erst nach drei stunden kam, während er in 10 min. hätte da sein können."

"das ist die situation. ein posten von gut hundert mann, ausgebildet zu mördern. isoliert. nervös. und das bedeutet, daß die soldaten, wenn sie einen auftrag für eine operation bekommen, erlöst und zufrieden sind, weil sie nicht länger eingesperrt sind, weil sie rauskönnen. aber draußen geschehen dann auch die schrecklichsten dinge. soldaten reagieren ihre spannungen an der afrikanischen bevölkerung ab. die bevölkerung unterstützt die freiheitskämpfer. von den portugiesen haben sie noch nie etwas bekommen. von der befreiungsbewegung erwarten sie eine neue zukunft. die bevölkerung muß also dem einfluß der guerilleros entzogen werden. die bevölkerung wird also deportiert."

"die afrikaner werden gezwungen, ihre eigenen dörfer zu verlassen und nach den aldeamentos, neuen sogenannten beschützten dörfern, zu gehen. es wird zuerst ein versuch unternommen, sie mittels pamphleten - von einem hubschrauber abgeworfen, - zu überreden. aber das gelingt meistens nicht, weil die afrikaner nicht wollen. der ackerboden der aldeamentos ist oft schlechter als ihr eigener ackerboden. außerdem befinden sie sich dann hinter stacheldraht. aber das portugiesische oberkommando will alle dörfer räumen. also müssen die soldaten die dörfer angreifen. afrikaner, die sich nicht deportieren lassen wollen, sind per definitionem zum tode verurteilt. jeden tag finden schlächterein statt, manchmal in ganzen dörfern gleichzeitig, . nach einem angriff der bodentruppen, kommt dann noch ein luftbombardement, mit napalm und chemikalien. auch kleine schulen werden bombardiert. alles muß brennen. "

"überlebende, die nicht rechtzeitig flüchten können, werden gefangengenommen und in der regel gefoltert. das hängt ab von der laune des kommandanten. und das ist ein gruseliger gedanke. sie werden geschlagen, oder hinter ein fahrendes auto gebunden oder es wird ihnen ein arm

abgehackt. manchmal werden chemische stoffe verwendet, um menschen zum reden zu bringen. wenn die afrikaner keine auskünfte geben können, geschieht es sogar, daß sie enthauptet werden. einmal habe ich einen soldaten mit einem kopf fußball spielen sehen."

"wenn man so etwas sieht, will man es zunächst nicht glauben. man denkt, dies ist unmöglich. ich habe lange dazu gebraucht, bis ich es überwunden hatte. bis ich verstand, daß es ein system ist, das soldaten, junge menschen, mißbildet zu mördern. und ich sah auch ein, daß es keine ausnahme war, sondern etwas, das jeden tag aufs neue geschieht, immer wieder an einer anderen stelle. in angola genauso wie in mozambique und guinea-bissao."

"man kann sich fragen, weshalb portugal den krieg noch weiter führt. auch das portugiesische oberkommando begreift, daß man durch morden keinen krieg gewinnt. bei einer direkten konfrontation zwischen portugiesischen truppen und guerilleros erleiden wir größere verluste, die gesicherten posten in den befreiten gebieten haben militärisch gesehen überhaupt keine bedeutung."

"es ist meine feste überzeugung, daß das portugiesische oberkommando versucht, den krieg zu verlängern, weil es mit dem militärischen eingreifen der westlichen mächte rechnet. diese überzeugung begründe ich mit gesprächen, die ich mit höheren offizieren geführt habe und mit berichten, die ich lese. die freiheitskämpfer im norden sind sehr nah an der hauptstadt luanda aktiv und sind von osten und südosten aus bis über die hälfte des landes vorgerückt. portugal vermag nichts ohne ausländische hilfe. schon jetzt patrouillieren im süden angolas und in der tete-provinz von mozambique südafrikanische hubschrauber. in tete kämpfen rhodesischse soldaten aktiv mit. aber portugal kann sich nicht nur auf südafrika und rhodesien alleine verlassen. beide länder haben ihre eigenen probleme und werden nicht den ganzen krieg für portugal führen können. schließlich ist portugal abhängig von seinen westlichen nato-verbündeten. diese länder haben portugal für den krieg vollständig bewaffnet. und ich bin davon überzeugt, daß sie, wenn dies nötig ist, noch weiter gehen werden, um ihren großen finanziellen interessen im süden afrikas zu verteidigen."

r. van waesberge

ps: eine wichtige entwicklung ist, daß die zwei größten der drei befreiungsbewegungen, die MPLA und die FNLA unter druck der organisation für die einheit afrikas (der afrikanische staaten angehören, die nicht von europäischen weißen beherrscht werden) immer enger zusammenarbeiten. außer diesen zwei großen organisationen operiert in der mitte angolas auch die kleine UNITA, die wenig bedeutung hat.

DOKUMENT 6 BOLIVIEN
INTERVIEW MIT DEM KOMMANDANTEN DER BOLIVIANISCHEN NATIONALEN BEFREIUNGSARMEE (ELN) "CHATO" PEREDO

II - und letzter teil

3.frage: wie kann man den widerstand gegen den faschismus auf dem kontinent organisieren?gibt es möglichkeiten, einen koordinierten widerstand mit den bewegungen verschiedener länder zu realisieren?

antwort: die erste frage dient ein bisschen als voraussetzung, um die andere erschöpfend zu beantworten.der faschismus ist ein phänomen, das sich nicht nur in einem land darstellt, auch nicht isoliert in verschiedenen ländern.es setzt sich durch das ergebnis einer erarbeiteten strategie des imperialismus,die dieselben fundamente und ursachen hat.die philosophischen und politischen grundvoraussetzungen des faschismus sind expliziert proklamiert,wie im falle brasilien oder implizit angenommen,wie in den fällen boliviens,uruguays und chiles.es gibt keine tatsachen,die uns am internationalen charakter des faschismus auf dieser seite des kontinents zweifeln lassen.

der widerstand gegen den faschismus muß, und das ist eine notwendigkeit,auch einen internationalistischen,kontinentalen charakter haben.wir sind auch kategorisch mit unserer behauptung, daß dieser widerstand grundsätzlich bewaffnet sei n muß und sich daran alle diejenigen beteiligen müssen,die antifaschisten sind.

sechs jahre,nachdem che imkampf gefallen ist,sind wir mehr"che-istas"als je zuvor.leider mußte man sehr hohe verlustzahlen hinnehmen,um bestätigt zu bekommen,was ein großer visionär,wie der che einer war,bereits vor einigen jahren antizipiert hatte:der krieg wird lang,kontinental und bewaffnet sein.unsere strategie muß auf dem langandauernden charakter des krieges basieren, um kurzfristige "erfolgistische" fehler zu vermeiden,die im allgemeinen in der arbeiterbewegung und besonders in den linken politischen organisationen weit verbreitet waren.

die möglichkeiten eines koordinierten widerstandes innerhalb der bewegung der verschiedenen länder stehen in direkter beziehung mit der strategie, die die verschiedenen bewegungen entwickeln. in diesem sinne können wir mit freude erklären, daß wir gemeinsame kriterien mit verschiedenen kämpfenden organisationen der südhalbkugel entwickelt haben, sodaß bei verschiedenen gelegenheiten interessanter und positiver praktischer internationalismus verwirklicht werden konnte. längst hat der imperialismus die geographischen grenzen verwischt. warum sollen wir revolutionäre sie nicht ebenfalls löschen? die brasilianischen subimperialisten bereiten einen krieg in großen dimensionen vor, und erklären, daß die grenzen nur noch ideologische seien. vieleicht ist das daseinzige, was wir mit dem feind teilen.

4. frage: wie ist die gegenwärtige politische lage in bolivien? welche formen des widerstandes gegen das regime gibt es?

antwort: die politische lage ist gegenwärtig ähnlich wie die in den vorher genannten ländern. die repressive politik der regierung ist das bestimmende in den letzten zwei jahren nach dem putsch im august 1971. ihr in europa kennt ja schon die ersten maßnahmen eines faschistischen regimes: schließung der universitäten, massive erschießungen in den städten und auf dem land, enthauptung der arbeiterbewegung und der allgemeinen gewerkschaftsbewegung, "weiße massaker" wie man in bolivien die massenentlassungen nennt, ökonomische maßnahmen der "kasteiung" die direkt die ärmsten schichten und sogar einige teile der privatindustrie treffen. ferner werden deutsche nazis aus dem zweiten weltkrieg geschützt, die obendrein wichtige posten innerhalb der regierung besetzen, so wie der authentische fall von klaus barbie-altmann in bolivien. in bolivien geschieht das alles. aber das wichtigste in der politik der regierung banzers ist die repression, die nicht als präventive maßnahme, sondem als politische linie praktiziert wird, die versucht, die antagonismen im schoß der eigenen regierung aufzuheben. mit der ausrede, es drohe eine "extremistische gefahr" verdeckt die regierung die widersprüche zwischen den putschwilligen gruppierungen, den regionalistischen gruppen, den verschiedenen wirtschaftsgruppen und auch zwischen den verschiedenen politischen schattierungen, die ohne zweifel auf allen ebenen des staates zu finden sind.

aber die repression der regierung als politische linie kann nur über eine bestimmte zeit effektiv sein. nachher dient sie nur dazu, die eigenen konspirierenden gruppen zu besänftigen, die innerhalb der regierung gegen banzer und seine bande agieren. da dies nicht reichte, sah sich die regierung gezwungen, ihre taktik zu ändern, nähmlich ohne die repression zu lockern, sie vielmehr zu verfeinern, eine "demokratisierung" der regierung vorzutäuschen. die "demokratisierung" besteht darin, daß wahlen für das nächste jahr ausgerufen wurden, um ein eingeschränktes auftreten einer institutionalisierten "opposition" zu erlauben, die hauptsächlich vertreten ist durch christdemokraten und andere kleinere rechte gruppen. dieser aufruf zur wahl verfolgt drei grundsätzliche ziele:

1. die putschistischen gruppen innerhalb und außerhalb der regierung lahmzulegen
2. die halb-linken gruppen einzulullen und damit die antifaschistische front zu brechen und
3. das faschistische regime zu konstitutionalisieren durch listige und betrügerische wahlen, andenen nur offizielle kandidaten teilnehmen und, wenn sie es erlauben, solche der konstitutionalisierten opposition der christdemokraten und ihrer alliierten, die dieses spiel des offizialismus mitmachen, indem sie an der wahl teilnehmen.

wir möchten nicht auf eine vorzeitige prognose spekulieren, aber wir können sagen, daß die ziele, die der faschismus mit diesem aufruf zu wahlen verfolgt, teilweise erfüllt werden, aber niemals in ihrer gesamtheit. andererseits ist für sie dieses spiel gefährlich, denn sie müßen notwendigerweise einen kleinen "demokratischen" spalt öffnen, auch wenn er noch so klein ist, was das volk natürlich versuchen wird, zu forcieren - nicht notwendigerweiseauf konstitutionellem weg, auch nicht, indem sie die spielregeln, die der faschismus ihnen aufdrängen will, respektieren.

die regierung konnte die gewerkschaftliche aktivität einschränken, durch die verhaftungen, kz's, erschießungen und verbannungen, aber was sie nicht erreicht hat, ist die herabsetzung der kampfbereitschaft der massen, wie es die ereignisse von oktober und november letzten jahres, vom märz dieses jahres und der streik der bankangestellten letzten monat (okt.73) gezeigt haben, bewegungen, die eher spontan waren und von keiner politischen organisation geleitet wurden.

man muß erkennen, daß es noch keine reale avantgarde gibt, die die steigende unzufriedenheit des volkes kanalisieren kann, daß diese avantgarde sich erst bildet und bisher nur auf gebietsebene existiert. andererseits verhindert die strikte pressezensur, daß aktionen bestimmter teile der arbeiterklasse und der bauern in anderen teilen der bevölkerung bekannt werden. diese situation wird, und das ist keineswegs zweckoptimismus, nicht lange andauern.

verständliche gründe erlauben uns hier nicht, zukünftige taktiken zu erläutern, obwohl, dies sei allgemein wiederholt, der bewaffnete kampf die hauptform des widerstandes und einzige möglichkeit für den sieg des volkes sein wird.

5. frage: glauben sie, daß das veröffentlichte buch pinochet's, indem er das recht auf einen zugang zum meer für die bolivianer allgemein ablehnt, zu wichtigen widersprüchen zwischen den faschisten boliviens und chiles führen kann?

antwort: wir haben das buch pinochet's nicht gelesen, und wir glauben auch nicht, daß es etwas neues als das über dieses thema bereits bekannte beiträgt. was kann schon ein faschist für die rechte des volkes beitragen! wir werden aber unseren standpunkt in dieser frage erläutern: wir betrachten das recht auf zugang zum meer als eine gerechte und legitime forderung unseres volkes. das heißt aber nicht, falsche und engherzige sowie chauvinistische interessen zu ermutigen, auch ist es keine demagogie. der verlust des departments litoral ist das ergebnis eines krieges im letzten jahrhundert, der durch den englischen imperialismus provoziert wurde. es war ein imperialistischer krieg, indem die chilenische oligarchie, sowie die bolivianische und peruanische, knechte der imperialistischen und monopolistischen interessen waren. nun gut, es sind nicht die jetzigen oligarchien chiles oder boliviens, selbst wenn sie die erben der oligarchien des letzten jahrhunderts sind, die die moralische autorität besitzen, um forderungen zu stellen oder angenommene nationale interessen zu verteidigen. es ist kein zufall, daß das faschistische regime banzer seine agressive haltung gegenüber chile während allendes volksregierung hervorhob. heute, nachdem der faschist pinochet an die macht gekommen ist, ist es möglich, daß banzer dieforderung nach einem zugang zum meer weiterhin stellt. er wird aber niemals denselben ton benutzen wie früher, und langsam wird die forderung in vergessenheit geraten, bis es dann zu "harmonischen" beziehungen zwischen diesen regierungen kommt. oder, wie es ein volksspruch ausdrückt: "zwischen ochsen gibt es keine hornstöße". die widersprüche zwischen den bürgerlichen klassen verschwinden nicht, das ist wahr, aber sie treten zurück, angesicht der gefahr, die die revolutionären befreiungsbewegungen darstellen. die faschisten fürchten sich mehr vor ihrem volk, als vor der bourgoisie oder den armeen anderer länder. weiterhin kennt man ja die bemühungen pinochet's, die beziehungen zu der bolivianischen regierung zu verbessern, und die nicht versteckten sympathien banzers gegenüber solchen versuchen.

6. frage: welches sind ihrer meinung nach die wichtigsten aufgaben für uns linke in europa, um den revolutionären kampf in lateinamerika zu unterstützen?

antwort: die aufgaben einer revolution sind vielfältig und die unterstützung kann verschiedenste formen annehmen, von der direkten beteiligung bis hin zu einem kleinen, aber bedeutenden beitrag, den z.b. eine nadel haben kann - eine nadel kann dazu dienen, einen rucksack zu stopfen. trotzdem glauben wir, daß, bedingt durch die möglichkeiten in europa, ein wichtiger beitrag der linken und aller unseren problemen gegenüber sensiblen menschen ist, vermittelt über massenmobilisierungen, unseren kampf propagandistisch, finanziell und politisch zu unterstützen. eine andere effektive hilfe ist es, druck auf die europäischen regierungen auszuüben, die den faschistischen regierungen in lateinamerika und aller welt ökonomische und militärische hilfe zukommen lassen.

7. frage: möchten sie noch etwas hinzufügen?

antwort: wir möchten diese gelegenheit nicht ungenutzt lassen, um unsere tiefste anerkennung dem mann auszusprechen, der ein revolutionär war, der ehrlich an seinen weg glaubte, der seine ganze kraft, seine beharrlichkeit und alle seine fähigkeiten in den dienst der chilenischen revolution stellte; der seine solidarität mit den revolutionären in aller welt und damit auch mit allen bolivianischen revolutionären bewies, und dessen tapferkeit vor seinem tode ein beispiel für alle revolutionäre und eine mahnung an den feind ist.

angesichts des todes von Salvador Allende sagen wir, was wir sagten, als Che fiel: UNSERE FAHNEN SIND IN TRAUER, SIE WERDEN ABER NIEMALS EINGEHOLT !

S T R A F A N Z E I G E

An die Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin

1 ooo B e r l i n 21
Turmstraße

Betr.: Katharina H a m m e r s c h m i d t

Hiermit erstatte ich gegen die für das Unterlassen angemessener ärztlicher Versorgung von Katharina Hammerschmidt in der Frauen-Haftanstalt Lehrter Straße im Zeitraum von August bis 3o. November 1973 verantwortlichen Personen Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung und versuchter Tötung.

Die Verantwortlichen haben klare Anzeichen einer ernsten Erkrankung Katharina Hammerschmidts - Anschwellen von Hals, Gesicht und Brust sowie qualvolle Atem- und Schluckbeschwerden und Erstickungsanfälle, Thrombosen, Kreislaufstörungen und Schlafstörungen, eine 'Verschattung' in der oberen Brusthälfte auf Röntgenaufnahmen - nicht berücksichtigt.

Sie haben in Kauf genommen, gebilligt und zugelassen, daß die klar erkennbare Erkrankung nicht mit allen medizinischen Möglichkeiten diagnostiziert und rechtzeitig behandelt wurde.

Sie haben damit das Leben Katharina Hammerschmidts aufs Spiel gesetzt.

Ich beantrage hiermit, die erforderlichen Ermittlungen einzuleiten und mich vom Ergebnis der Ermittlungen zu unterrichten.

....

Name Vorname Adresse Datum

(hier bitte abtrennen)

An das Komitee für politisch Verfolgte
c/o ESG

1 ooo B e r l i n 12
Carmerstraße 11

Ich habe an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin eine Strafanzeige im Fall Katharina Hammerschmidt erstattet.

☐ Ich bin damit einverstanden, daß mein Name im Zusammenhang mit dieser Strafanzeige vom Komitee für politisch Verfolgte öffentlich genannt wird.

☐ Ich bitte, meinen Namen nicht öffentlich zu nennen.

....

Name Vorname Adresse Datum

Beruf ....